

Der Steinarbeiter

Organ des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

Der Steinarbeiter erscheint einmal wöchentlich am Sonnabend.
Abonnementspreis durch die Post inkl. 15 Pfg. Bestellgeld vierteljährlich
80 Pfg., durch die Expedition unter Kreuzband 90 Pfg.
Nichtverbandsmitglieder haben direkt bei der Post zu bestellen.

Redaktion und Expedition:
Leipzig
Zeitzer Strasse 32, IV., Volkshaus
Telephonruf 7503.

Anzeigen: An Gebühren werden von Privaten 30 Pfg. für die gespaltene
Petitzelle oder deren Raum berechnet. — Inserate werden nur gegen
vorherige Einfindung des Betrages aufgenommen.
„Der Steinarbeiter“ ist unter Nr. 7528 der Zeitungs-Postliste eingetragen.

Nr. 33.

Sonnabend, den 18. August 1906.

10. Jahrgang.

Streiks, Sperren und Lohnbewegungen.

(Ueber alle unter dieser Rubrik veröffentlichten Bewegungen ist
wöchentlich zu berichten; wo das unterbleibt, fällt für die folgende
Nummer die Bekanntmachung weg.)

Gesperret sind: Münster: Blas Moseder. Sedmauern: Stein-
weggeschäft Winterfeld. Kloster Metten (Niederbayern):
Firma P. Adler u. Co. (Verhandlungen sind im Gange.)
Köln: Dombau. Rothenburg a. d. Tauber: Die Eckhard-
schen Betriebe. Waupen: Firma Zentner. Kaiserslautern:
Platz Helfrich. Unsen: Firma Schmidt und Mensing.

Würzburg und Umgebung. Die Unternehmer halten, wie be-
richtet wird, erst am 3. September ihre nächste Sitzung ab.
Diese Taktik soll bezwecken, uns im Kampfe zu ermüden.
Der Kampfesmut unter den Streikenden ist ein vorzüglichlicher
zu nennen. Die Muschelkalkarbeiter gedenken den Kampf nur
dann aufzugeben, wenn die Unternehmer sich zu Zugeständ-
nissen herbeilassen.

Meißen II. Die am 4. August stattgehabte Verhandlung mit
den Unternehmern verlief resultatlos. Der Streik geht un-
geschwächt weiter. Zu schriftlichen Abmachungen wollen sich
die Herren Meister überhaupt nicht herbeilassen. Die Unter-
nehmer sind auf dem Holzwege, wenn sie denken, ihre ver-
schrobenen Ansichten blindlings durchsetzen zu können.

Nürnberg. Die Aussperrung im Baugewerbe dauert fort,
teilweise werden dadurch auch die Steinmetzen getroffen.

Oberdorla (Thüringen). Stand des Streiks unverändert.

Mühlhausen (Thüringen). Der Streik der Kalksteinarbeiter
dauert fort. Der Werkführer des Herrn Schilling hat sich
vergangene Woche mit uns in eine Verhandlung nicht ein-
gelassen.

Neuenstein (Württemberg). Bei der Firma Geprägs stehen die
Kollegen im Streik. Arbeitswilligendienste verrichten die
Herren Friedrich Thaler und Georg Koppenhöfer.

Uder. Die Lohnbewegung ist zugunsten der Kollegen beendet.

Nördlingen (Schwaben). Die Firma Vetter nahm die Maß-
regelung zurück, auch andere Zugeständnisse konnten durch die
Vermittlung des Gauleiters Wittenmeier erzielt werden.

Aus Zweibrücken, Amorbach, Ludwigshafen und Mainz,
wo die Kollegen teilweise im Streik stehen, ist der Redaktion
über die jeweilige Situation ein Bericht schon seit 14 Tagen
nicht mehr zugegangen. In diesen Orten scheitern ja tüchtige
und erprobte Kollegen in den Streikkommissionen zu sitzen.

Wir machen wiederholt darauf aufmerksam, daß Streiks
finanziell aus der Hauptkasse nur dann unterstützt werden, wenn
zuvor der Gesamtvorstand seine Sanction erteilt hat. In der
letzten Zeit gingen uns des öfteren Depeschen zu, auch das
Telephon wurde zu Hilfe genommen, wo uns die Mitteilung
wurde: „Arbeit niedergelegt, wir erwarten Anweisung.“ Auf eine
Depesche, die etwa zehn Worte enthält, können wir Verhaltungs-
maßregeln nicht geben. Wir verweisen die Vorstände in den
Zahlstellen wiederholt darauf, mehr Briefe als Depeschen zu
senden. Der Zentralvorstand muß doch wissen, auf welche Weise
die Unternehmer den Tarif gebrochen haben, ferner muß ihm
mitgeteilt werden, aus welchen Gründen die Maßregelungen
resultieren. Wenn eine Maßregelung vorkommt, sind unsere
Kollegen meistens völlig kopflos. Das erste was unternommen
wird ist, die Arbeit hinlegen, ohne dem Zentralvorstand zuvor
nur ein Wort darüber zu melden.

Briefe von den Zahlstellen nach dem Leipziger Hauptbureau,
von dem letzteren wieder zurück an die Filialen brauchen im
höchsten Falle drei Tage; während dieser Spanne Zeit ist es un-
möglich, daß die Unternehmer ihre Arbeiten fertigstellen können.
Wir können die Herren Meister deshalb noch jederzeit zur
Rechenhaftigkeit ziehen.

Also weniger Depeschen und Telephongespräche. Dafür eine
fize Berichterstattung, insbesondere in Fällen, wo es sich um
Lohnbewegungen, Streiks, Tarifbruch und Maßregelungen usw.
handelt.

Wenn über einzelne Werkplätze die Sperre verhängt werden
soll, so ist zu prüfen, ob Aussicht auf Erfolg vorhanden ist.
Sperren, die monatelang dauern, haben meistens ihren Zweck
verfehlt. Leider generieren sich meistens die Lokalvorstände, die
Sperre aufzuheben.

Die Gauleiter werden ersucht, in den Versammlungen ins-
besondere nach dieser Richtung hin die nötigen Aufklärungen
zu geben.

Aus der sächsischen Steinindustrie.

Darüber enthält, wie bisher, auch der letzte eben er-
schienene Bericht der Handelskammer zu Dresden auf das
Jahr 1905 eine Reihe allgemeiner interessanter Angaben.
Beachten muß man dabei freilich immer, daß sie von den
Unternehmern herrühren, was schon ganz offensicht-
lich immer dort in die Erscheinung tritt, wo von Ar-
beiterverhältnissen die Rede ist. Teilweise sind
recht trostlose Feststellungen aus den Einzelberichten zu er-
sehen. So in bezug auf die Sandsteinindustrie.
Im Cottaer- und Elbsandsteingebiet haben sich infolge des
Daniederliegens des Baugeschäfts die Verhältnisse noch
immer nicht gebessert. Auch unter der Verdrängung durch
Kunststein, Zementbeton, rheinische, schlesische und süd-
deutsche Steine leidet in fortschreitendem Maße die Sand-
steinbranche. „Der Cottaer Sandstein ist ganz
aus der Mode gekommen.“ ist an einer Stelle ge-
sagt. Eine Firma, die zum Beispiel 1897 noch 9122 Kubik-
meter absetzte, konnte 1905 nur noch 1721 Kubikmeter ver-

kaufen. Auch die Verwendung von sächsischem Sandstein
zu öffentlichen und Staatsbauten ist gegen früher wesent-
lich geringer geworden. In einem Bericht wird das letzte
Geschäftsjahr als das schlechteste in den letzten zwanzig
Jahren bezeichnet. Die Zahl der Arbeiter ging
zurück, da mehrfach Betriebe eingeschränkt oder ganz ein-
gestellt werden mußten. So wird aus Riesa und Pirna
berichtet, daß Steinmetzarbeiten aus Sandstein noch ge-
ringer abgesetzt wurden als im Vorjahre. Und das Jahr
1904 ist wirklich schon traurig genug gewesen. Die eine
Firma konnte nur 16 Steinmetzen beschäftigen, während
der Betrieb für mindestens 35 eingerichtet ist.

Günstiger lauten die Berichte aus der Hartstein-
industrie. In Marmor, Syenit und Granit ist nach
Berichten aus Dresden, Riesa und Lohmen der Geschäftsgang
so lebhaft gewesen, daß bei vier Firmen Erhöhung
der Umläge bis zu 20 Proz. eintrat. Nach einem Bericht
ist das Verlangen nach schwedischem Granit auf Kosten der
andern Steinarten im Zunehmen begriffen. „In Dresden
wurde das Geschäft durch einen gerade in der besten Zeit
ausgebrochenen Zustand beeinträchtigt,“ so wird an
einer Stelle resigniert erklärt. Die Herren Unternehmer
sehen es offenbar lieber, wenn die Arbeiter dann erst streik-
ten, wenn es überhaupt keine Arbeit gibt. Interessant ist
auch die Feststellung aus Riesa, daß vom Mai ab das Mar-
morgeschäft zwei Monate völlig stockte, weil in Carrara,
das vier Fünftel des ganzen in Deutschland eingeführten
Marmors liefert, sämtliche Steinarbeiter ausgesperrt
waren.

In Dresden wurde infolge eines Streiks
der Lohn erhöht und die Arbeitszeit verkürzt.
Natürlich nur ein Erfolg der guten Organi-
sation der Marmorarbeiter. Mehrfach wird aber auch
über eine Erhöhung der Warenpreise berichtet. Der ganze
Widerstand unserer heutigen Wirtschaftspolitik spricht aus
einer anderen Stelle. In dem gleichen Atemzuge, in dem
scharfe Zölle gegen die Einfuhr schwedischen Steines ver-
langt werden, klagt man über die Eingangszölle
auf gesägte Marmorplatten, der den
deutschen Verarbeitern Verdienst und Geschäft schmälere
und erschwere. Daraus geht ganz deutlich hervor, daß der-
artige Zölle nur im Profit- und Konkurrenzinteresse der
Unternehmer verlangt werden. Auf schwedische Pflaster-
steine usw. verlangen die deutschen Unternehmer einen sehr
hohen Zoll, für die gesägten Marmorplatten ist denselben
Herren der Zoll, der jetzt entrichtet werden muß, viel zu
hoch. Um die Produktionskosten zu verringern, wurden
vielfach die Maschinen verbessert und „die Nacht-
arbeit (!) besser ausgenutzt“, wie es lakonisch heißt.

Auch die Berichte aus den Hartsteinbrüchen in
der Dresdner, Leipziger und Meißener Gegend, sowie aus
der Oberlausitz, lauten günstiger. Sie waren fast alle bei
flottem Absatz gut beschäftigt. Die Preise für Pflaster-
steine gingen teilweise in die Höhe. Bei flohem Geschäftsgang
wird dann aber gleich wieder ins Blaue hineingewirt-
schaftet, so daß „sogar Ueberproduktion zu befürchten“ sei,
wie aus dem einen Bericht zu ersehen ist. Neuerst be-
merkenswert ist, was auch hier an einigen Stellen über
die Arbeiterverhältnisse gesagt wird. Einige
Firmen berichten von Lohnerhöhungen, die zum
Teil „freiwillig“, zum Teil infolge der „immer lebhafter
und heftiger werdenden Tätigkeit der
Arbeiterorganisationen“ erfolgten.“ Ein
Beweis, wie nötig auch die Steinarbeiter ihre gewerkchaft-
liche Organisation brauchen. Ohne diese würde es noch
zehnmal schlimmer um ihre wirtschaftliche Lage stehen!

In mehreren Einzelberichten haben die Unternehmer
über das Trinkunwesen der Steinbruchs-
arbeiter geklagt. Woher diese Klagen kommen, ist nicht
zu ersehen. Das zu erfahren, wäre aber insofern sehr wich-
tig, weil dann festgestellt werden könnte, ob übermäßiger
Schnapsgenuß nicht etwa im kausalen Zusammenhange
mit schlechten Löhnen steht. Es wird freilich auch
das Biertrinken, besonders das sogenannte Kompaniebier,
kritisiert. Diese „Unsitte“ sei namentlich von bairischen
Steinmetzen eingeführt. Früher hätten die Frauen
schon durch ihre Anwesenheit „dem Trinkunwesen erheb-
lich vorgebeugt“. Seit ihrem Ausscheiden habe der Bier-
verbrauch in den Steinbrüchen stark zugenommen. Dieses
starke Betonen des guten moralischen Einflusses der Frauen
ist jedoch mit einiger Vorsicht aufzunehmen. Vielmehr
scheint den Unternehmern die Frauenarbeit, das heißt
die Möglichkeit der Ausbeutung der weiblichen Arbeits-
kräfte, zu fehlen. Daraus wird auch gar kein Gehehl ge-
macht. „Sehr bedauert wird das Verbot der Frauenarbeit
in den Steinbrüchen,“ ist wörtlich gesagt. Die Frauen be-
dauern selbst, nicht mehr da arbeiten zu können. Schlimm
genug, wenn die Not und das Elend so groß ist, daß
Menschen einen gesetzlichen Schutz, eine gewollte und gut-
gemeinte körperliche Schonung als materielle Benachteiligung
empfinden. Das beweist gar nichts gegen den durch-
aus nötigen Schutz dieser Frauen, aber alles gegen die
herrschenden traurigen wirtschaftlichen Verhältnisse, die so
sind, daß der Mann allein von seinem Verdienst seine Fa-
milie nicht richtig ernähren kann. Wie gewöhnlich — das
fällt schon gar nicht mehr auf — lamentiert man hier und
da auch über die „hohen“ Ausgaben für Arbeiterversicherung,
da diese Ausgaben jeder Unternehmer zu tragen hat, haben

sie absolut keinen Einfluß auf die Konkurrenzverhältnisse,
gelten bei jedem gleichmäßig als unvermeidliche Geschäfts-
unkosten. Damit ist ohne weiteres dieses leere Gerede
widerlegt.

Daß auch in gewissen Betrieben der Steinindustrie die
Entwicklung immer mehr zur Anwendung von Maschinen
und damit zum Großbetrieb drängt, wird ebenfalls kon-
statiert. Bei „besonders kapitalkräftigen Betrieben“ in
Hartsteinbrüchen sei das speziell der Fall. Zum Schaden
der Kleinbetriebe natürlich. Das können sich die Mittel-
standspolitiker besonders zur Notiz nehmen.

Für die Steinarbeiter ergibt sich jedenfalls auch
aus diesem Bericht der Dresdner Handelskammer die Lehre,
lebhast für die Förderung ihrer Organisation einzutreten.

Die Steinindustrie in den preussischen Gewerbeinspektionsberichten für das Jahr 1905.

Die preussischen Gewerbeinspektionsberichte für das Jahr
1905 gehen wiederum auf die Lage der Steinindustrie,
insbesondere der Steinarbeiterschaft, wenig oder gar nicht
ein, die wenigen in dem 740 Seiten haltenden Berichtsband
verstreuten, unsere Berufskollegen interessierenden Auf-
fahrungen handeln lediglich vom Steinarbeiterschutz. Diese
Neuerungen sind aber immerhin wichtig genug, um sie an
dieser Stelle zusammenzufassen und kurz zu würdigen. Das
so gebotene Material gestattet uns einen Ueberblick über
den jetzigen Stand des Steinarbeiterschutzes in Preußen,
und es dürfte uns auch in der Agitation einige Dienste
leisten. Deshalb wollen wir in folgendem kurz darauf
eingehen.

Bemerkenswert sind wiederum die vielen Fälle von
Zuwiderhandlungen gegen die Bundesratsver-
ordnung zum Schutze der Steinarbeiter und die An-
sagen der Unternehmer aus diesem Anlaß. Allein
im Bezirk Potsdam wurden in 8 Steinbrüchen Ver-
stöße gegen die Bundesratsverordnung ermittelt. Im Be-
zirk Erfurt wurde gegen einen Steinbruchbesitzer
wegen zu langer Arbeitszeit Strafantrag gestellt. Die
Entscheidung steht noch aus; im Bezirk Hannover
wurde ein Steinbruchbesitzer wegen wiederholter Nicht-
beachtung der Verordnung zu 15 Mk. Strafe verurteilt.
Ebenso berichtet der Beamte von Arnsherg über die
Verurteilung eines Steinbruchbesitzers, der seinen Ar-
beitern keinen Unterkunftsraum und keinen Abort zur Ver-
fügung gestellt hatte, zu einer Geldstrafe von 24 Mk. Im
Bezirk Kassel wurde gegen mehrere Steinbruchbesitzer,
welche die Verordnung nicht beachtet, das Strafverfahren
herbeigeführt.

Im gleichen Bezirk ereigneten sich mehrere tödliche
Unglücksfälle, teils unmittelbar durch das Hinab-
fallen von Erdmassen in vorchriftswidrig abgebauten
Steinbrüchen hervorgerufen, oder infolge von Verschüt-
tungen beim Zusammenbruch steiler Lehm- und Stein-
bruchwände. Einer von diesen Todesfällen ereignete sich
in einem Steinbrüche, der von drei Pächtern, die noch einen
Arbeiter angenommen hatten, gemeinschaftlich betrieben
wurde. In den gefrorenen Abraum, der über der steilen
Bruchwand zum Teil überhängend ruhte, war am Tage
vor dem Unglück ein Keil in der Voraussetzung eingetrieben
worden, daß der Abraum während der Nacht abbrechen
würde. Obwohl dies nicht erfolgt war, arbeiteten die
Unternehmer mit dem Getöteten unterhalb der gefährlichen
Stelle. Als nun während der Arbeit die abgeteilte Erd-
masse abrutschte, wurde der Arbeiter verschüttet und einem
der Pächter ein Bein gebrochen. Die drei Pächter sind
wegen fahrlässiger Tötung zu je zwei Monaten Gefängnis
und wegen nicht rechtzeitiger Beseitigung des Abraums zu
je 10 Mark Geldstrafe verurteilt worden. Der Beamte
beklagt sich denn auch darüber, daß selbst unter den Ar-
beitern, die Stundenlohn erhalten, noch sehr viele anzu-
treffen seien, die auch durch eindringliche Vorstellungen
und Strafen von der gefährlichen Abbaueise der Bruch-
wände nicht abgebracht werden können. Den Steinbrüchen
mußte infolgedessen im Berichtsjahre besondere Aufmerk-
samkeit zugewendet werden. Auch im Bezirk Arnsherg
gab der gefahrvolle Abbau von Steinbrüchen zu Aus-
stellungen Anlaß. Im Bezirk Döbeln hat ein Gewerbe-
inspektor mit Rücksicht auf die früher in Gräberien in
Steinbrüchen vorgekommenen schweren Unfälle mit ganz
besonderer Sorgfalt die Durchführung der gesetzlichen Be-
stimmungen überwacht und die Genugtuung gehabt, daß
in den bezeichneten Betrieben die Unfälle abgenommen
haben, und ein Todesfall oder ein schwerer Unfall im Be-
richtsjahre überhaupt nicht vorgekommen ist. Im Bezirke
Machen mußte der Abbau ebenfalls wiederholt bemängelt
werden. In 6 Fällen mußten wegen Nichtbefolgung der
für den Bezirk geltenden besonderen Polizeiverordnungen
für Steinbrüche Strafen verhängt werden, die sich aller-
dings nur zwischen 6—10 Mk. bewegten. Ebenfalls mußte
allein im Bezirke Limburg im Laufe des Berichtsjahres
5 Steinbruchbesitzern wegen grober Uebertretungen
der zur Verhütung von Unfällen erlassenen Bestimmungen
über den Betrieb von Steinbrüchen, die Materialgewin-
nung bis zur Herstellung eines vorchriftsmäßigen Ab-
baues polizeilich untersagt werden.

Wieder und wieder wird auch über die sorglose und mangelhafte Aufbewahrung von Sprengstoffen geklagt. Im Bezirk Arnberg wurden in einzelnen Fällen selbst in den Aufenthaltsräumen der Arbeiter größere Mengen von Sprengstoffen vorgefunden. In einem großen Steinbruchbetriebe des Inspektionsbezirks Dortmund fand der Gewerbeinspektor fünf Zentner Pulver in einem unter offenem Schuppen neben der Schmiede liegenden offenen Blechgefäß aufbewahrt. Die sofortige Verbringung des Sprengpulvers in ein polizeilich genehmigtes Magazin sowie die Bestrafung des schon einmal verurteilten Unternehmers wurden veranlaßt. Er ist dann schließlich auch wegen Uebertretung der den Verkehr von Sprengstoffen regelnden landespolizeilichen Bestimmung zu einer Geldstrafe von 30 Mk. oder drei Tagen Haft verurteilt worden. In einem Steinbruch des Bezirks Merseburg ließ der Schießmeister gegen alle Vorschrift ein eisernes Instrument benutzen, um den Besatz eines Verlegers zu entfernen. Die Feststellung dieser Zuwiderhandlung führte dazu, daß ihm die Befähigung zur Uebernahme des Postens eines Schießmeisters polizeilicherseits abgesprochen wurde. Im gleichen Bezirk explodierte in der Nähe eines Steinbruchs der Inhalt eines Pulvermagazins infolge Blitzschlags, wahrscheinlich infolge unzulänglicher Erdung des Blitzableiters. Diese stößt bei den, wie hier, auf dem Berge gelegenen Pulverhäusern auf Schwierigkeiten, weil das Grundwasser in solchen Fällen sehr tief unterhalb des Felsens oder in großer Entfernung zu liegen pflegt, also schwer erreichbar ist. Die Anbringung der durch Polizeiverordnung vorgeschriebenen Blitzableiter erweist sich nach Ansicht der Aufsichtsbekannteten in solchen Fällen, in denen sich die Unternehmer nicht zu helfen wissen und nur der Form genügen, anehr schädlich als nützlich. Auch im Bezirk Münden mußte bei der Besichtigung von Steinbrüchen mehrfach die unwirtschaftsmäßige Lagerung von Sprengstoffen gerügt werden. Wie leichtsinnig selbst mit britanten Sprengstoffen hin und wieder umgegangen wird, läßt ein Fall erkennen, in dem neben dem Bett eines Ziegelmeisters eine offene Kiste mit 23 Kilogr. Dynamit und nicht weit davon auf dem allerdings ungeheizten Ofen eine offene Blechbüchse mit Knallquecksilberpatronen vorgefunden wurden. Der als Besitzer des Dynamits zur Verantwortung gezogene Inhaber des Betriebes hatte, wie sich herausstellte, nicht die erforderliche Erlaubnis zum Besitze des Sprengstoffes und wurde auf Grund des Dynamitgesetzes zu drei Monaten Gefängnis verurteilt. Im Bezirk Potsdam und zwar in den Kalksteinbrüchen der fiskalstädtischen Sozietät in Kalkberge in der Mark ereignete sich bei der Schießarbeit infolge vorzeitigen Wiederbetretens des Ortes nach dem Anzünden des Schusses ein tödlicher Unglücksfall.

(Schluß folgt.)

Zum Streik im Muschelkalkgebiet.

Der Streik dauert unverändert fort. Die Unternehmer versuchen mit allen Mitteln, den Arbeitern den Sieg streitig zu machen. Nach allen Gegenden Deutschlands wird Rohmaterial verschickt und leider teilweise auch dann verarbeitet. Die Lehrlinge und Streikbrecher im Gebiet selbst müssen teilweise bis zu 13 und 14 Stunden täglich arbeiten, ohne daß sich die Behörden um diese Uebertretung der Gesetze kümmern, nur gegen die Streikenden wird rücksichtslos vorgegangen. Daß die Unternehmer sehr gut Arbeitskräfte gebrauchen könnten, zeigt folgender Brief, der von einem Polier der Firma Franz Zeller in Amorbach an einen Kollegen geschickt wurde und den wir seines Inhalts wegen bekanntgeben wollen:

Miltensberg a. M., den 31. Juli 1906.
Herrn Georg Enbers, Hösbach.

Auf Ihr gestriges Zutun habe ich wieder daran gedacht, daß ich, wenn ich hier bin, einmal schreiben soll. Ich muß Ihnen bemerken, daß es mir hier sehr gut gefällt. Wenn Sie gekommen wären, mit 4-5 Mann zu kommen, so könnten Sie sofort anfangen. Ich habe hier 6 Mann von hier und habe heute 4 Mann Italiener von Heigenbrücken bekommen. Wegen dem Streik brauchen Sie keine Angst zu haben, denn die meisten Streiter schaffen schon wieder und die Hauptauftrichter werden in keinem Geschäft mehr eingestellt. Die Leute erhalten hier auch einen schönen Lohn, so daß etliche hier über 6 Mark verdienen, wo Sie sich ganz sicher auch auf 6 Mark stellen würden. Wie Sie auch wissen, ist der Kalkstein für Steinhauer nicht schädlich, nicht wie die Sandsteine. Wollen Sie mir bitte Antwort sobald wie möglich zukommen lassen, ob Sie kommen können. Gruß
J. Wolff.

Hier ist zu bemerken, daß dieser Brief falsch adressiert war, wieder zurückkam und dann mit folgendem Anhang versehen an die richtige Adresse gelangte:

Ich habe den Brief nach Hösbach geschickt, ist aber wieder zurückgekommen. Sollten Sie womöglich nicht nach Wallbüren wollen, so können Sie auch nach Amorbach gehen, dorten können Sie in rote Steine schaffen, wenn Sie nicht in Kalk arbeiten wollen.

Der betreffende Kollege hat es vorgezogen, auf dieses Eldorado für Arbeiter zu verzichten und sich lieber anderweitig Arbeit gesucht. Nebenbei sei bemerkt, daß der Brief auf Unwahrheit beruht und dort niemand arbeitet. In Würzburg suchen sich die Unternehmer dadurch zu helfen, daß sie in den bürgerlichen Zeitungen Sandsteinhauer suchen, sobald die Kollegen aber anfangen, sollen sie auf Muschelkalk arbeiten, weshalb wir alle Steinmetzen darauf aufmerksam machen, auf keine derartigen Inserate hereinzufallen. Wir haben es bisher unterlassen, die kleinen Orte, in denen nur 5-10 Streikende in Betracht kommen, zu veröffentlichen; da aber die Unternehmer daraus Vorteile zu schöpfen suchen, geben wir sämtliche Streikorte wieder bekannt.

Im Streik stehen: Rothenburg, Hartershofen, Kleinharbach in Mittelfranken, Ochsenfurt, Marktbreit, Frikenshausen, Gohmannsdorf, Eibelsstadt, Mandersacker, Seidingsfeld, Würzburg, Kleinrinderfeld, Kirchheim, Gaubüttelbrunn, Amorbach, Kamsthal und Sulzthal bei Riffingen in Unterfranken, Grünsfeld, Gardheim und Wallbüren in Baden.

Wir ersuchen die Kollegen, nach all diesen Orten den Zugang streng fernzuhalten.

Nun, der Kampf wird ungeschwächt fortgeführt. Die Unternehmer saßen ja den Beschluß, vor dem 3. September überhaupt nicht zusammenzukommen; bis dahin meinten sie, sind die Arbeiter keine geworden. Weiter und

Konforten haben sich natürlich glänzend berechnet, der Steinarbeiterverband wird alle ihm zur Verfügung stehende Kraft anwenden, um als Sieger aus dem gewaltigen Ringen hervorzugehen. Viele Unternehmer klagen schon über die Verluste, die ihnen der Streik gebracht habe. Nun, unser Beileid sollen diese Herren haben. — Je fühlbarer sich bei den Unternehmern die Verluste gestalten, desto lieber kann es den Streikenden sein. Die Unternehmer haben offensichtlich den Kampf gewollt, mögen sie auch die Folgen tragen.

Der Kampf im Kalksteingebiet ist ein Klassenkampf schärfster Art; die Kollegen sollten sich willenlos dem Unternehmerscharfmachern preisgeben. Daß das nicht geschieht, dafür sorgt der Steinarbeiterverband. Mögen sich die Unternehmer danach richten.

Bekanntmachungen des Zentralvorstandes.

Trotz mehrmaliger Bekanntmachung im Steinarbeiter haben bis jetzt circa 70 Zahlstellen noch keine Protokolle vom Verbandstag in Nürnberg bestellt und auch nicht erhalten. Wir ersuchen die betreffenden Zahlstellen, die Bestellungen sobald wie möglich an den Zentralvorstand gelangen zu lassen. Gerade in den Zahlstellen, wo bis jetzt keine Bestellungen eingegangen sind ist die Aufklärung unter den Kollegen am notwendigsten, denn nach reiflichem Studium des Protokolls wird manche Frage an den Zentralvorstand überflüssig. Unter den Nichtbestellern befinden sich sogar einige Zahlstellen, die auf dem Verbandstage mit 1 und 2 Delegierten vertreten waren (oder haben die betreffenden Delegierten so gut Bericht erstattet, daß jede weitere Information überflüssig ist?). In einer der nächsten Nummern werden wir diejenigen Zahlstellen veröffentlichen, wo bis dato keine Bestellungen eingegangen sind.

Korrespondenzen.

Brandenburg a. d. Havel. In der Nr. 32 des Steinarbeiters wendet sich ein O. H.-Arbeiter gegen die Gausteuer. Ueber die Verwendung der bisher in einzelnen Gauen gezahlten Steuer habe ich wenig Erfahrung, halte sie aber für höchst notwendig. Nun will ich hier anführen, wozu auch noch eine Gausteuer dringend nötig ist, und zwar in den Gauen, wo die Zahlstellen geographisch weit verzweigt liegen, z. B. im Berliner Gau. Nun wird im Gau eine Konferenz einberufen; es heißt hier, jeder Ort soll vertreten sein. Gleich dahinter steht, die Kosten hat jede Zahlstelle selbst zu tragen. Wenn nun eine solche Konferenz von den kleineren Zahlstellen, mit 10-12 Mitgliedern, bestrahlt wird, so kostet eine Delegation im Durchschnitt etwa 20 Mk. Da kommt auf den Kopf des Mitglieds 1-2 Mk. Steuer, während Berlin II etwa nur 10 und Berlin I nur 5 Pfg. pro Kopf zahlt. Hier ist eine Gausteuer wohl am Platze, um es den kleinen Zahlstellen möglich zu machen, solche Konferenzen besuchen zu können. Es haben ja auch schon einige Zahlstellen hierzu Stellung genommen und wird Berlin I wohl bald diesem Beispiel folgen. Allerdings muß der Beitrag so sein, daß er nicht von den großen Zahlstellen wieder selbst verbraucht wird. Der Hamburger Arbeitsschreiber scheint ein großer Feind von Gausteuer zu sein, weil es ein Extrabeitrag ist. Gewiß kann man auf große Zustimmung rechnen, wenn man in die Welt schreit, alles muß durch den Zentralvorstand bezüglich der Agitation geleistet werden. Nein, die Gauen müssen auch auf etwas mehr Selbständigkeit pochen, der Zentralvorstand kann nicht alles aus der Hauptkassse bewilligen, und was dann, wenn er den Vorschlägen der Gauen nicht zustimmt. Der O. H.-Arbeiter scheint sehr naiv zu sein, weil er sich so sehr auf den Zentralvorstand stützt. Eine kleine Gausteuer kann von jedem Mitglied geleistet werden. Ueber die Notwendigkeit einer solchen noch viel Tinte zu verschreiben, halte ich für überflüssig. Wolff.

Brandis. Am Sonntag, den 12. August, fand im Gasthof zu Sicha eine gut besuchte öffentliche Steinarbeiterversammlung statt. Der Kassierer gab den Kassenbericht. Die Einnahmen infolge Bestand vom vorigen Quartal betragen 1709,74 Mk., die Ausgaben 1388,67 Mk., Bestand 321,07 Mk. 733 Mk. wurden während des Streiks an die Kollegen für die ersten drei Tage von der Ortskasse gezahlt. Die Abrechnung wurde von den Revisoren für richtig erklärt und der Kassierer von der Versammlung entlastet. Dann hielt Genosse Bartels aus Leipzig einen mit vielem Beifall aufgenommenen Vortrag über die wirtschaftlichen Kämpfe der Gegenwart und die Aussperrungstaktik der Unternehmer. Zu den Vorkommnissen im Preiherischen Betrieb wurde beschlossen, drei Mann zu wählen, welche bei Preiher vorstellig werden wegen verschiedener Entlassungen und Kürzungen von Kollegen. Wegen des Bierkriegs wurde darauf aufmerksam gemacht, daß wir uns den Leipziger Genossen anschließen haben und nur ringfreies Bier trinken. Zum Schluß forderte der Vorsitzende die Kollegen auf, die Leipziger Volkszeitung und kein bürgerliches Blatt zu lesen und die Kollegen sollten sich dem Sozialdemokratischen Verein für den 13. nächsten Reichstagswahlkreis, Ortsgruppe Brandis oder Naumburg, anschließen. Auch gab derselbe noch bekannt, daß uns das Feldschützen Bunde zu Versammlungen nicht mehr zur Verfügung steht.

Dresden. Am 9. August fand im Volkshaus eine Steinarbeiterversammlung statt. Zum ersten Punkt der Tagesordnung, Die Entwicklung der Gewerkschaften und der Arbeitsnachweis, hatte Genosse Redakteur Niem das Referat übernommen. Daß Referat im Sinne der Versammlung gesprochen hatte, bewies der reiche Beifall an Schluß seiner Ausführungen. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen: „Die heutige Versammlung erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten einverstanden, für den Arbeitsnachweis und die Arbeitslosen-Unterstützung einzutreten.“ Die Kollegen sollen auf den Werkplätzen dazu Stellung nehmen und hat sich die Lohnkommission demnach zu richten. Beim zweiten Punkt, Wahl der Lohnkommission, wurden die Kollegen Sänger, Steinicke, Gewlich, Meyer, Schumann, Rasmann, Däumig und Bredas gewählt, letztere zwei als Ersatzleute; dieselben haben aber an den Beratungen mit teilzunehmen. Scharf beurteilt wurde, daß bei einer so wichtigen Versammlung einzelne Kollegen nicht Ruhe halten können und kein Interesse zeigen. Im Verschiedenen teilte der Vertrauensmann mit, daß am 19. August das Sommerfest im Prieknigbad stattfindet. Auch wurde über die Bierpreiserhöhung debattiert und dabei gerügt, daß in diesem Falle die Sächsischen Arbeiterzeitung die Interessen der Arbeiter nicht gewahrt hat, indem in anderen Städten der Kampf gegen die Preiserhöhung und wohl auch mit Erfolg geführt wurde.

(Anm. d. Red. Auch in anderen Städten suchten Arbeiterzeitungen dem Kampfe gegen die unverschämte Bierverteuerung aus dem Wege zu gehen, die Genossen sind erfreulicherweise den Redaktionen scharf zu Leibe gerückt, und das hat gezogen.)

Hamburg. Am 3. August fand hier eine Mitgliederversammlung unserer Zahlstellen I und II statt. Gauleiter Hiewig referierte über den Wert der Agitation in den Brüchen. Neben führte ungefähr folgendes aus: Seit einer Reihe von Jahren sehen wir, daß die Arbeit in der Steinbranche in den Großstädten immer mehr zurückgeht, obwohl die Bautätigkeit ständig zunimmt. Diese Erscheinung ist darauf zurückzuführen, daß die Unternehmer die Werkstücke jetzt da anfertigen lassen, wo das Material gebrochen wird, hauptsächlich deshalb, weil der Lohn dort bedeutend niedriger ist, als in den Großstädten. Die steigenden Lebensmittelpreise sowie die hohen Wohnungsmieten

zwingen den Großstadtarbeiter zum festen Zusammenschluß, und den Unternehmern höhere Löhne abzurufen. Wenn nun unsere Großstadtmänner geglaubt hatten, daß es jetzt immer so bliebe, daß der Bruchtrauer die Arbeit lieferte und nur die Großstadtmänner den Profit eintraten (das waren goldene Jahre, da haben sie das Geld schaffelweise gemessen), so haben sie sich nun gründlich geirrt. Jetzt werden sie einfach von den Meistern in den Brüchen ausgeschaltet, wenn sie sich gegen früher nicht mit einem viel geringeren Profit begnügen wollen. Der Bruchunternehmer tritt jetzt in direkte Konkurrenz mit dem Großstadtmann, und kann das um so erfolgreicher, weil er ja weniger des Materials ist. Allerdings sind einige von den Großstadtmännern mit den Bruchunternehmern identisch, das sind die ganz Schläuen gewesen. Unsere Aufgabe ist es, die Agitation in den Brüchen tatkräftig zu unterstützen, so daß unsere Arbeitsbrüder, die noch zu Kaufenden im Dunkeln tappen, aufgeklärt werden; da es noch andere Ideale gibt, als vom früheren Morgen bis in die Nacht für das Kapital zu fröhnen. Dann werden auch für uns in den Großstädten wieder bessere Tage kommen. Ein großer Scharfmacher in Hamburg hat einmal geäußert: „Der Arbeiter hat überhaupt keine Forderungen zu stellen, er hat, wenn er eine Lohnzulage haben will, zu bitten, und dann wird diese Bitte auf ihre Berechtigung geprüft werden.“ Das, Kollegen, ist die Ansicht der übergroßen Mehrheit des Unternehmertums, „bitten“! Wir sind es, die die Werte schaffen! Ein Beispiel: Ein Aktionär ist an einem Unternehmen mit 100 000 Mk. beteiligt, die Gesellschaft zahlt, wenn das Jahr herum ist, 15 Proz. Dividende (es ist auch schon mehr gezahlt worden), da bekommt nun dieser Mann 15 000 Mk., ohne vielleicht eine Ahnung über das Besen des Betr. Betriebes zu haben. Das, Kollegen, ist es, was wir inhibieren wollen, ein jeder soll den vollen Wert seiner Arbeit bezahlt erhalten. Wir hier in der Großstadt haben mehr Gelegenheit, das Leben der „Stützen von Thron und Altar“ zu beobachten. Wenn wir des Morgens zur Arbeit gehen, begegnen wir oft diesen Herren, wenn sie aus den Nachtcafes kommen, wo sie bei Weibern und Sekt die ganze Nacht — „gearbeitet“ haben. Das, Kollegen, wirkt auf einen denkenden Arbeiter mehr, als die schönste Agitationsrede.

Kiel. Eine am 31. Juli im Gewerkschaftshaus zu Kiel stattgefundene Extraverammlung der in den Steinmetzbetrieben beschäftigten Schleifer und Hilfsarbeiter besaßte sich ausschließlich mit der Gründung einer Sektion II. Gauleiter Hiewig Hannover war erschienen, um den Zweck und Nutzen der Organisation den bisher Fernstehenden klar zu legen. Besonders charakteristisch war, wie der Referent die Submittionsverhältnisse schilderte, durch welche die Arbeitslöhne durchweg bedeutend herabgedrückt werden. Die Sterblichkeit der in den Steinmetzbetrieben beschäftigten Schleifer beleuchtete er besonders, indem er darauf hinwies, wie die Schwinducht und Rheumatismus (die Berufskrankheiten der Steinarbeiter) alle Jahre viele junge Kräfte hinwegrafft, welche den todbringenden Staub der Poliermaschinen einatmen müssen. Von den Versammelten wurde das Referat des Kollegen Hiewig sehr gut verstanden und mit lebhaftem Beifall aufgenommen. Es wurde noch besprochen, daß nur durch ein geschlossenes Vorgehen gegen die Unternehmer und kapitalistische Ausbeutungswut etwas erreicht werden kann, denn es war jedem klar, daß es mit den Almosen, die von den Meistern gereicht werden, bei dem teuren Lebensunterhalt nicht mehr so weiter gehen kann. Es schlossen sich von 28 Mann 26 dem Verbands an, und die jetzt noch Fernstehenden gaben ihr festes Versprechen, in kürzester Zeit unsere Reihen zu vervollständigen.

Kiel. Am 7. August fand hier unsere Monatsversammlung statt. Der Vorsitzende teilte mit, daß es nach langem Bemühen gelungen ist, die Schleifer zu organisieren. Dieselbe haben eine Zahlstelle II gegründet. Es kommt sodann der seitens der Firma Höppler erfolgte Lohnabzug für ein entzweigegangenes Kreuz zur Sprache. Die Versammlung ist der Ansicht, daß der Abzug ungesetzlich ist und erteilt der Schlichtungskommission den Auftrag, sich diesbezüglich mit den Meistern in Verbindung zu setzen. Zu einer erregten Debatte führte das eigentümliche Verhalten einiger aus Hamburg zugereisten Kollegen. Nach unserm neuen Tarife ist die Affordarbeit abgeschafft. Da denselben sie von der Firma Höppler, wo sie beschäftigt waren, einen höheren Lohn zu erlangen. Als dieselbe es unter Berufung auf den Tarif ablehnte, wußten die Kollegen seitens des Herrn Höppler das Angebot auf Affordarbeit erhalten haben. Es stellt sich aber jetzt heraus, daß, obgleich sie wußten, daß hier nur im Lohn gearbeitet wird, sie sich selbst angeboten haben, in Afford zu arbeiten. Die Versammlung nimmt mit Entrüstung von diesem Versuch, den Tarif zu brechen, Kenntnis. Hierauf kommt die Entlohnung am Bau des Stadttheaters zur Sprache. Die Arbeiten an diesem Bau sind einer Berliner Firma übertragen, welche ihrerseits wieder eine zweite Firma mit der Ausführung beauftragt hat. Da dieselbe leistungsfähig ist, wird jetzt auch Rohmaterial (Dolomit) hergeschickt und am Bau bearbeitet, und zwar stellt die Firma Höppler die Steinmetzen ein. Nun ist es vorgekommen, daß die Kollegen mit 45 bzw. 50 Pfg. pro Stunde entlohnt worden sind. Da nach Lage der Sache diese Arbeit doch wohl Vantagelohn ist und in diesem Fall sämtliche Kollegen den vollen Lohn zu beanspruchen haben, wird ihnen aufgegeben, es sofort zu melden, wenn keine 62 Pfg. bezahlt werden. Hauptsächlich erregte es, daß ein organisierter Kollege, der an diesem Bau den Polier macht, in der Versammlung von einem dort beschäftigten Kollegen die Behauptung aufstellt, er verdiene keine 30 Pfg. pro Stunde. Da derselbe überhaupt eine hohe Meinung von seinem Amt zu haben scheint, soll sich der Vorsitzende beim Zentralvorstand erkundigen, ob ein Polier noch unserm Verbands angehören darf. Hierauf gibt der Statistiker die Ergebnisse der letzten Erhebungen bekannt. Es beteiligten sich 46 Kollegen. Der Mindestverdienst war 731,30 Mk., Höchstverdienst 1871,63 Mk., Durchschnittsverdienst 1154,77 Mk. Der Durchschnittsverdienst für Granitsteinmetzen betrug 1365,69 Mk., für Schleifer 1212,75 Mk. und für Schmiede 1396 Mk. — Hierauf erfolgte Schluß der gutbesuchten Versammlung.

Lüneburg. In der am 4. August, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus stattgefundenen gutbesuchten Versammlung, in welcher Gauleiter Kollege Hiewig (Hannover) über Nutzen und Zweck der Organisation referierte, wurde ihm lebhafter Beifall gesendet. Nach Bekanntgabe des Kassenbestandes vom 2. Quartal, welcher eine Einnahme von 250,96 Mk., und eine Ausgabe von 82,74 Mk. ergab, wurde dem Kollegen Mohrmann Decharge erteilt. Nach Bekanntgabe der Statistik, wonach von 37 hier am Orte Beschäftigten nur 24 organisiert sind, beteiligten sich 20 an der Statistik, von diesen waren 16 verheiratet mit 43 Kindern. Im Verschiedenen wurde beschlossen, daß zugereiste Kollegen nicht mehr auf den Plätzen umzuwandeln, sondern sich beim Vorsitzenden zu melden haben. Nach Beantragen des Vorstandes, nach welchem Kollege Franke ausgeschlossen werden sollte, wurde ihm vom Kollegen Hiewig eine scharfe Rüge erteilt, und von einer Ausschließung Abstand genommen wegen seiner Jugend. Er erklärte auf Ehrenwort, fernerhin über Versammlungen gegenüber unorganisierten Kollegen nicht mehr zu reden und Vorstände unbescholten zu lassen.

Anmerk. der Red. Am 1. August gab der Zentralvorstand dem Antrage der Lüneburger Kollegen statt und stieß Franke aus dem Verbands aus. Wie aus dem Bericht ersichtlich, erteilte Hiewig dem Franke eine scharfe Rüge, was zweifellos sehr richtig ist. Die Redaktion ist aber der Meinung, daß, ehe der Antrag auf Ausschluß eines Verbandsmitgliedes gestellt wird, die Antragsteller auch reichlich in Erwägung zu ziehen haben, ob gleich mit den schärfsten Maßregeln vorzugehen ist.

Reutstätt (Haardt). Am 29. Juli fand in Reutstätt eine Mitgliederversammlung statt, welche schlecht besucht war. Kollege Willader von Dürkheim, welcher als Gast zugegen war, hielt einen Vortrag über Zweck und Ziele der Organisation. Neben

meinte, daß hier gewisse Verhältnisse herrschen müßten, weil die Kollegen so wenig Interesse an ihren Versammlungen zeigen. Er glaube aber eher das Gegenteil annehmen zu müssen, und meint, daß es viele Kollegen gibt, die nur ihre Beiträge bezahlen und dann denken, ihre Pflicht erfüllt zu haben. Daß es in Zukunft anders werden müsse, sei klar, denn wenn die Unternehmer sehen, wie lag die Kollegen in Verhandlungen sind, und zum Teil sich auch noch gegenseitig bekämpfen, wird es ihnen ein Leichtes sein, den Tarif zu durchbrechen. Redner kam sodann auf die christlichen Organisationen zu sprechen. Er führte einige Beispiele an, daß diese Organisationen teilweise dem Streikbruch huldbigen. Die Arbeitgeber wissen aber, wo ihre wahren Freunde sind. Mag man den Arbeitern noch einmal soviel Seligkeit für das Jenseits versprechen, so wollen wir doch zuerst dafür sorgen, daß wir hier auf Erden ein schöneres Dasein genießen. Hat denn bloß die bestehende Klasse darauf ein Anrecht? Hat man denn schon gehört, daß sich die Unternehmer christlich organisieren? Diese wissen ganz genau, daß ihre Interessen am besten in nicht-konfessionellen Organisationen gewahrt sind. Willader forderte die Kollegen auf, sich nicht nur gewerkschaftlich, sondern auch politisch zu organisieren. Für uns kommt nur eine Partei in Frage, das ist die Sozialdemokratie; denn nur diese vertritt die Interessen der Arbeiter. Des Weiteren soll jeder Kollege dafür sorgen, daß er die Pfälzische Post abonniert, denn was sich die bürgerlichen Blätter alles erlauben, das sah man erst kürzlich, wo ein freisinniges Blatt von Neustadt a. d. S. die Steinhauer als Bande bezeichnete, wenn dieses Musterblatt diese Beleidigung auch widerrufen mußte. Redner forderte weiter die Kollegen auf, durch ein anständiges Betragen, sowie einen soliden Lebenswandel dafür zu sorgen, daß der schlimme Ruf, welcher früher den Steinarbeitern anhaftete, vergessen wird. Dem Redner wurde am Schluß seiner glänzenden Darstellungen lebhafter Beifall gezollt, und es wurde der Wunsch laut, daß er noch öfter in unsern Versammlungen erscheinen möge.

Offenburg (Baden). Das Bestreben unserer Kollegen allerorts auf Beseitigung des wilden Akkordsystems und auf Einführung geregelter Lohn- und Arbeitsbedingungen, veranlaßte auch uns, gegen die bei uns bestehende willkürliche Entlohnungsmethode Front zu machen.

Am 27. Juni wurde den Unternehmern unsere Forderung auf Einführung eines Minimalstundenlohnes von 55 Pfg., sowie die sonstigen nötigen allgemeinen Bedingungen eines Vertrags eingereicht. Die Herren Unternehmer hielten es anfangs nicht für nötig, uns eine Antwort zukommen zu lassen. Erst nach nochmaliger Mahnung unsererseits fand am 14. Juli eine Verhandlung statt, mit dem Resultat, daß der Minimallohn angenommen wurde, und nur noch eine kleine Verringerung einiger Punkte von Seiten der Unternehmer sich ausdehnen wurde.

Am 18. Juli erfolgte die unterschriftliche Anerkennung des Vertrages. Aber auch hier nun zeigte sich wiederum die schon festgestellte Bestrebung des Unternehmern, Verträge zu brechen, gleichwohl wenn sie durch Unterschrift anerkannt sind. Am ersten Zahltag wurde der vereinbarte Stundenlohn bei der Firma A. Schütterer nicht ausgezahlt, erst nach Einstellung der Arbeit sah sich Herr Schütterer veranlaßt, den vereinbarten Lohn auszuführen. Wir glaubten, daß es dem Herrn klar sei, daß, wenn die organisierte Arbeiterschaft Verträge abschließt, dieselben auch zu halten versteht. Nach Verlauf weiterer 14 Tage erklärte Herr Schütterer, daß er gezwungen sei, in Zukunft den vereinbarten Stundenlohn um 10 Pfg. zu kürzen, wenn nicht besser daran gehalten werde, d. h., wenn nicht mehr geleistet werde. Die einzig richtige Antwort auf diese Anündigung, die einen Vertragsbruch in unbeschämter Form darstellt, war die Einstellung der Arbeit. Herr Schütterer erklärte dem herbeigerufenen Gauleiter Braun aus Straßburg, daß er sich an die von ihm anerkannten Lohnsätze halten werde. Allen Kollegen sollte diese Hamäntigkeit der Unternehmer in Bezug auf Nichterhaltung selbst anerkannter Vertragsbestimmungen aber die Ueberzeugung beibringen, daß nur eine gut geführte Organisation imstande ist, die Einhaltung abgeschlossener Verträge von Seiten der Arbeitgeber durchzudrücken.

Aber auch diesmal hat man wieder die Erfahrung machen können, was ein besoldeter Gauleiter wert ist, denn ohne Gauleiter Braun aus Straßburg wäre diese Sache nicht so leicht geschlichtet worden, wofür wir ihm dankbar sind.

Ösnabrück. Am 4. August lagte im Lokal Müller unsere Monatsversammlung, welche mäßig besucht war. Der Vorsitzende gab die Abrechnung vom 2. Quartal bekannt und gab zum Ausdruck, daß zu seinem Bedauern schon wieder ein neuer Kassierer gewählt werden mußte. Der frühere Kollege, der dieses Amt inne hatte, hätte seines Postens enthoben werden müssen, nicht wegen Veruntreuung, sondern wegen Lässigkeit. Wir mußten kurzen Prozeß machen und nahmen dem Kassierer sofort seinen Posten ab. Die Wahl zum Kassierer fiel auf den Kollegen Heinrich Stühmer, Kleine Hamten-Strasse Nr. 6. Da durch die erfüllte Wahl der Posten eines Revisors frei wurde, fiel die Wahl eines Revisors auf den Kollegen Rudolf Harms. Der Vorsitzende machte noch bekannt, daß auf dem Verbandstage im Statut festgelegt sei, daß jedwede Unterstützung von einer aufs pünktlichste ausgestellten Statistik abhängig sei, und ermahnt die Kollegen, daß sie nun auch alle ihren Pflichten nachkommen möchten. Scharf wurde das Verhalten des Steinmeßers Robert Storf kritisiert. Derselbe wollte, ohne gemahnt zu sein, Umzugskosten haben. Der Lokalvorstand hat kein Recht, solche Ausgaben zu bewilligen. Storf erklärte aber, gibt es keine Umzugskosten, dann mache er den Streikbrecher bei der Firma Steinhauer, wo unsere Kollegen im Streit standen. Um dieses zu verhüten, bewilligte der Gesamtvorstand Storf die Umzugskosten, Storf mußte sich aber durch eigenhändige Unterschift verpflichten, die 30 Mk. zurückzuzahlen. Er arbeitet jetzt in Melle i. S., hat aber trotz Mahnung weder Beiträge noch etwas von den 30 Mk. bezahlt. (Der Bericht mußte stark zusammengestrichen werden; der Fall Storf war in einer Breite geschildert, als wenn von diesem Individuum das ganze Wohl und Wehe des Verbandes abhinge. Red.)

Schmalldalen. Am 8. August fand in Altersbad bei Steinbach eine Besprechung statt, welche bezwecken sollte, die in den Steinbrüchen von Motterode beschäftigten Steinarbeiter für die Organisation zu gewinnen. Kollege Wagner-Erfurt legte den anwesenden Kollegen im allgemeinen den Zweck des Verbandes dar. Seine Ausführungen sind hoffentlich auf guten Boden gefallen. In der nächsten Zeit soll eine Distriktsversammlung für Schmalldalen, Brotterode usw. veranstaltet werden. Bei dieser Gelegenheit sollen gleich die Verhältnisse bei der Firma Köppler-Schmalldalen mit besprochen werden, da Herr Köppler versucht, diejenigen Kollegen aus seinem Betriebe hinauszuschleichen, die verlangen, daß die im verflorenen Frühjahr getroffenen Vereinbarungen eingehalten werden. Herr Köppler glaubt nämlich, neue Arbeitskräfte heranzuziehen zu können. Wir wissen ganz genau, daß insbesondere die Schleifer keine allzu große Lust verspüren werden, Arbeit bei Herrn Köppler zu nehmen. Die Kollegen der hiesigen Zahlstelle werden alles aufbieten, um die Abmachungen auch aufrecht zu erhalten. Die Gauleitung in Erfurt wird in dem Betreiben der Agitation nicht erlahmen, um die Steinmeßer der ganzen Umgebung zu organisieren.

Seebach (Schwarzwalde). Am 4. August fand im Gasthof zum Adler eine sehr gutbesuchte Steinarbeiterversammlung statt. Anwesend war Gauleiter Braun. Derselbe führte den Kollegen in einstündiger Rede vor Augen, welchen Zweck die gewerkschaftlichen Organisationen haben. Die temperamentvolle Rede wurde mit großem Beifall aufgenommen. Herrn Müller scheint nicht recht zumute zu sein, weil seine sämtlichen Arbeiter der Organisation angehören. Derselbe zahlte an dem Tage, wo die Versammlung stattfand, seinen Arbeitern 800 Liter Bier. Der gute Mann wird sich bedacht haben, die Arbeiter vielleicht von der

Versammlung abhalten zu können; das ist aber fehlgeschlagen, denn wie die Kollegen erfahren, daß der Referent erschienen sei, haben sie den großen Bierfäßern den Rücken gekehrt und der Marisch ging nach dem Versammlungsort. Die Steinarbeiter verzichteten auf das Freibier und tun das auch für die Zukunft. Die Kollegen waren von dem Referat des Gauleiters sehr befriedigt. Wir sehen nun selber ein, daß für uns Aufklärung sehr notwendig ist. Zum Punkt Statistik ergriff Kollege Weindl das Wort; er erläuterte den Kollegen, wie notwendig die Ausfüllung der Statistik für jeden Arbeiter ist, hauptsächlich bei Lohnforderungen. Als Ortsstatistiker wurde Kollege Michael Biser gewählt. Der Grundstein zur Filiale ist gelegt, alles wird von den Kollegen daran gesetzt, um dieselbe mehr und mehr nach innen auszubauen. Wir empfehlen deshalb den Kollegen in erster Linie, das Fachblatt recht ausführlich zu studieren, damit die Kollegen über alle Berufs- und Verbandsfragen mehr selbständig werden.

Strehlen. Am Sonntag, den 5. August, fand im Ferdinands-Lokale eine starkbesuchte Steinarbeiterversammlung statt. Zum ersten Punkte verlas Kollege Barta die Abrechnung vom 2. Quartal. Die Einnahme ergab 3049,89 Mk., die Ausgabe 2310,10 Mk., bleibt Kassenbestand 739,79 Mk., welcher auf der hiesigen Sparrasse angelegt ist. In diesem Quartal erkrankten 48 Kollegen, welche 483 Tage Krankenunterstützung beanspruchten; 25 Mann bis zu einer Woche und 18 Mann zwei Wochen und darüber. Die Revisoren bestätigten die Richtigkeit der Abrechnung. Barta sprach weiter über die Nachlässigkeit der Kollegen wegen Ausfüllung der Lohnstatistiken. Wenn von 500 organisierten Steinarbeitern 52 Statistiken ausgefüllt wurden, so ist es gar nicht möglich, dieses Jahr eine Statistik fertig zu stellen, und wer Sonnabend nicht mit seiner Statistik erscheint, erhält kein Krankengeld. Die Bundesratsverordnung wurde auch gestreift, hauptsächlich im Ricklasdorfer Betriebe wird früh und abends über die Zeit gearbeitet, und Herr Busch hat wahrscheinlich vergessen, was er am 7. Februar vor Gericht erklärte. Im städtischen Steinbrüche haben sich zwei, welche uns den Rücken kehren und Ueberstunden machen, als saubere Patrone erwiesen; sie stahlen ihren Kollegen und der Firma Steine und sind auch von der Firma mit 10 Mk. bestraft worden. Ueber die Kündigung unserer Platzstatistiker und der Lohnkommission von Seiten Schall waren selbstverständlich die Steinarbeiter aufs höchste empört.

Weiter sei noch zu berichten, daß Dienstag eine Verhandlung auf dem Landratsamt anberaumt war, in welcher der Herr Landrat und Bürgermeister als Vermittler bei der Tarifberatung funktionierten. Schall lehnte die unentgeltliche Schmiebeschärfe ab, und bewilligte pro Quadratmeter gestrichene Pflastersteine 13 75 Pfg. mehr, eine Unterschift gibt er nicht, begründet aber, daß die jetzigen Preise bestehen bleiben. Die neun gemahnten Mann wurden wieder eingestellt.

Wir werden jetzt alles daran setzen, um die Organisation noch mehr zu befestigen, denn was wir jetzt erzielen, kann als ausreichend für die Kollegen nicht angesehen werden. Betont sei ferner, daß es sehr ungehörig ist, wenn einzelne Mitglieder denken, es hätte sofort gestreift werden müssen. Wenn wir mit der Firma anbinden, dann muß die Zeit für uns günstig sein. Wenn diesmal der Kampf inszeniert worden wäre, hätten wir Schalls Geschäfte besorgt. So schlau, wie die Firma, sind die Steinarbeiter auch.

Wurzen. Am Sonntag, den 12. August, fand hier eine von über 100 Kollegen besuchte Generalversammlung des über zwanzig Orte umfassenden Hartsteinbezirks statt, in welcher sämtliche Orte des Bezirkes vertreten waren. Kollege Siebold-Leipzig hielt zunächst einen Vortrag über: Die Unternehmer-Organisationen und die Arbeiter. In 1 1/2 stündiger Rede schilderte er uns die Entwicklung der Unternehmer-Verbände, wie sie aus allen möglichen Vorschlägen und Versuchen heraus sich feste Organisationen zu schaffen verstanden und wie selbst die bescheidensten Forderungen der Arbeiter einfach abgelehnt werden. Schon diese Tatsache allein müsse den Arbeitern zeigen, wie notwendig der gewerkschaftliche Zusammenschluß ist. Die Unternehmer gehen mit einer Rücksichtslosigkeit vor, die seinesgleichen sucht. Die Arbeiter müßten Koren sein, wenn ihnen dieses Gebahren nicht den Weg zeigen würde, die Gewerkschaften auszubauen. (Lebhafter Beifall.) Unter Verbandsmitglied No. 4 gibt einen Bericht über den Stand der Organisation. Nachdem die Zahlstelle schon einige Male eingegangen, sei vor Jahresfrist von neuem der Versuch gemacht worden, die in der Hartsteinindustrie Beschäftigten ihrer Organisation, dem Steinarbeiterverband, zuzuführen. Dieser erneute Versuch sei auch von Erfolg gewesen, so daß die Mitgliederzahl heute 400 überschritten hat. Bei der großen Ausdehnung des Bezirkes sei es aber unmöglich, die Verwaltungsgeschäfte und die Agitation in gehöriger Weise nach des Tages Arbeit zu erledigen, weshalb die Anstellung eines Bezirksleiters ein Gebot der Selbsterhaltung sei. Die Versammlung beschließt hierauf einstimmig die Vornahme der Verschmelzung der Zahlstellen Wurzen, Grimma, Altenhain und Langenreichenbach und die Anstellung eines besoldeten Beamten. Kollege Vogel-Rödnitz gibt hierauf bekannt, daß infolge der Ausschreibung fünf Bewerbungsschreiben eingegangen sind. Vor Eintritt in den Wahlakt fordern die Kollegen Pfeifer und Hennig die Versammelten auf, in Anerkennung der bis herigen aufopfernden Tätigkeit des Genossen Noad einstimmig für ihn zu stimmen. Kollege Vogel gibt nach einer Pause von fünf Minuten als Resultat die einstimmige Wahl Noads als Bezirksleiter bekannt. Noad dankt für das in ihn gesetzte Vertrauen und versichert, sein ganzes Wissen und Können in den Dienst der Organisation zu stellen, um auch für die hiesigen Steinarbeiter Verbesserungen herauszuschlagen. In der sodann vorgenommenen Wahl einer Verwaltung werden gewählt als 2. Vorsitzender Pfeifer-Wurzen, als Beisitzer Vogel-Rödnitz, als Revisoren Grötschel-Grimma, Wagner-Langenreichenbach, Günther-Altenhain. Nachdem noch beschlossen wurde, eine ordentliche Generalversammlung vierteljährlich stattfinden zu lassen, fordert Kollege Siebold die Anwesenden auf, unausgesetzt für die Gewinnung neuer Mitglieder tätig zu sein, damit das gesteckte Ziel bald erreicht werde.

Geplante Neubauten.

Nachen. Die Stadt nimmt 3 135 000 Mk. auf für: die Wiederherstellung des Rathauses (138 000 Mk.), die Erweiterung des Wasserwerks (486 000 Mk.), die Erweiterung des Elektrizitätswerks (1 333 000 Mk.), den Umbau des Stadttheaters (91 000 Mk.), den Neubau der königlichen Baugewerkschule (234 000 Mk.) usw. — **Ahrweiler, Rheinland.** Prognostium nach dem bereits genehmigten Plane des Regierungsbaumeisters Moritz in Köln. — **Altena.** Krankenhaus geplant. — **Bensheim a. d. B.** Kanalisation beschlossen (500 000 Mk.) — **Bielefeld.** Katholische Kirche (120 000 Mk.). Beginn im Frühjahr 1907 unter Leitung des Architekten Waltermann in Bielefeld. — **Burg bei Magdeburg.** Altersheim von den Abenteufern der europäischen Union in Fribensaus beschlossen (60 000 Mk.). — **Danzig.** Erweiterung der Viktoria-Mädchenschule (200 000 Mk.) und Bau einer Straßeneinigungsanstalt in Langfuhr (117 000 Mk.) von den Stadtverordneten bewilligt. — **Dortmund.** Die Stadt beabsichtigt 36 Millionen Mark aufzunehmen, wovon verwendet werden sollen: 6,9 Millionen Mark für das Wasserwerk, 7,5 Millionen Mark für das Elektrizitätswerk, 1,3 Millionen Mark für den Hafen, 800 000 Mk. für die Riefelsfelder, 1,6 Millionen Mark für die Kanalisation, 950 000 Mark für das Krankenhaus, 1 Mill. Mk. für die Handwerkerschule, 3,5 Mill. Mk. für den Bahnhofsumbau und 10 Mill. Mk. zum Anbau der Straßenbahn. — **Emm.** Amtsgerichtsgebäude geplant. — **Fulda.** Elektrizitätswerk beschlossen (450 000 Mk.). — **Güstrow.** Erweiterung des Schlachthofs beschlossen (100 000 Mk.). — **Harburg.** II. Wasserwerk nach dem Projekt des Bau-

rats Thiem in Leipzig von den Stadtverordneten genehmigt (1 021 000 Mk.). — **Herborn, Reg.-Bez. Wiesbaden.** Der Landesauschuß hat die Firma Schmieden u. Röhlke in Berlin mit der Anfertigung der Baupläne für die hier zu errichtende Bezirks-Heil- und Pflegeanstalt betraut. — **Kaiserslautern.** Die Stadtverwaltung beschloß, für Straßenneubauten, Erweiterung von Liegenschaften, Erweiterung des Wasserwerks, der Kanalisation usw. 1 700 000 Mk. aufzunehmen. — **Lüben.** Gymnasium geplant. — **Mannheim.** Für die Christuskirche auf dem Werderplatz hat die evangelische Kirchengemeinde als erste Rate 900 000 Mk. bewilligt. — **Weg.** II. Bezirksrennplatz in Lörrchingen. — **Schlingenshau.** vom Gemeinderat beschlossen. — **Milheim, Ruhr.** III. evangelische Kirche nach den Plänen des Architekts Heiß (250 000 Mk.). Mit dem Bau soll im Frühjahr begonnen werden. — **München-Gladbach.** Städtisches Arbeiterinnenheim von den Stadtverordneten bewilligt (150 000 Mark). — **Neuwied.** Städtisches Volkshaus von den Stadtverordneten genehmigt (240 000 Mk.). — **Ösnabrück.** Professor W. Dülfer in Dresden hat die Pläne für das neue Theater fertiggestellt. Mit den Arbeiten soll im Frühjahr 1907 begonnen werden. Die Kosten sind auf 750 000 Mk. geschätzt. — **Plauen i. V.** Die Stadtverordneten haben die Kosten für die Vorarbeiten zum Bau eines Volkshauses und einer neuen Bürgerschule bewilligt. — **Triberg im Schwarzwalde.** Im Wettbewerb um Entwürfe für ein Kurhaus, Fehalle- und Gewerbeausstellungsgebäude erhielten den ersten Preis die Architekten Pfeifer u. Großmann in Karlsruhe, den zweiten Preis Architekt W. Raub in Rixdorf, den dritten Preis Architekt W. Abel in Offenburg. — **Wlatho i. Westf.** Gerichtsgebäude geplant.

Rundschau.

Gewerkschaften und Massenstreik. Mit der Frage des Massenstreiks beschäftigte sich in zwei Sitzungen das Kieler Gewerkschaftskartell. Nach eingehenden Debatten wurde gegen zwei Stimmen folgendes, vom Arbeitersekretär Niendorf eingebrachte Resolution angenommen:

In Erwägung, daß die politische Situation in Iekter In- stanz durch die wirtschaftlichen Zustände bedingt wird und daß der politische und wirtschaftliche Kampf der Arbeiter gegen ihre Widersacher ein Kampf der Arbeiterklasse gegen die Kapitalistenklasse und deren politischen Einrichtungen ist,

in weiterer Erwägung, daß nur die auf dem Boden des Klassenkampfes stehenden Gewerkschaften, sowie die sozialdemokratische Partei als ernste und einzigste Kampforganisationen gegen Beeinträchtigung der Volksrechte und für Erweiterung derselben in Frage kommen, andererseits eine Vernichtung der politischen Rechte der Arbeiterklasse deren wirtschaftliche Unterdrückung gleichzeitig zur Folge haben müßte, wie auch die Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage der Arbeiterklasse eine Verminderung ihrer politischen Energie bewirkt, erklären die Delegierten des Kieler Gewerkschaftskartells:

daß die auf dem Boden des Klassenkampfes stehenden Gewerkschaften und die sozialdemokratische Partei in dem Kampfe um die politischen Freiheiten der Arbeiterklasse unter besonderen Umständen in gemeinschaftlicher Aktion geschlossen vorgehen müssen. Die Taktik der Arbeiterklasse in ihren politischen Kämpfen ist zwar bedingt durch die Stellung der herrschenden Klasse gegenüber den Forderungen der Arbeiterklasse, doch sind die Delegierten der Ansicht, daß die Gewerkschaften den politischen Massenstreik als Kampfmittel nicht grundsätzlich ablehnen dürfen, ja, daß sie denselben gegebenenfalls zu fördern haben mit ihrer ganzen Macht.

Bzüglich der Anwendung des politischen Massenstreiks stellen sich die Delegierten auf den Boden der Resolution des Jenaer Parteitag und erklären die Haltung des fünften Gewerkschaftskongresses in dieser Frage für inkonsequent und der gegenwärtigen politischen Situation nicht entsprechend.

Es ist deshalb an alle Gewerkschaftsmitglieder der dringende Wunsch zu richten, sich eingehend mit der Stellung der Gewerkschaften zum politischen Massenstreik zu beschäftigen, um auch den nächsten Gewerkschaftskongress zu einer Stellungnahme im Sinne dieser Rundgebung zu veranlassen.

Ferner wurde folgender Zusatzantrag des Kartellvorsitzenden Nam angenommen:

„Es ist notwendig, daß die Generalkommission einen außerordentlichen Gewerkschaftskongress einberuft, der zu dieser Frage Stellung nimmt.“

Der Kartellvorstand wurde beauftragt, die Resolution nebst dem Zusatzantrag sämtlichen Gewerkschaftskartellen Deutschlands zu übermitteln.

(Einen Gewerkschaftskongress einuberufen erscheint uns wegen dieser Differenzen nicht nötig. Red. b. Steinach.)

Sozialdemokraten als Muster-Abgeordnete. Das Fränkische Volksblatt, redigiert vom Abgeordneten Benefiziaten Gerstenberger, sagt über die Sozialdemokraten im bayerischen Landtage: „Am besten organisiert zeigten sich auch bei dieser Gelegenheit wie überhaupt im ganzen Lande die Herren Genossen auf der äußersten Linken. Bei ihnen herrscht stramme Arbeitsteilung; da wird vorher genau geregelt, wer spricht und worüber. . . . Beim Zentrum dagegen . . . herrscht volle Anarchie. Wo jedermann seitens einer großen Partei eine großzügige Rede erwartet, erhebt sich eine meterhuckelbreite Persönlichkeit und fragt, ob an irgendeiner Stelle seiner Redebahn nicht ein Nagel verkehrt eingeschlagen sei und glaubt damit das Vaterland gerettet zu haben.“

Das heißt also zu Deutsch: die Sozialdemokraten wissen was sie wollen, das Zentrum dagegen als Partei, die angeblich allen recht tun und nirgends anstoßen will, treibt Archäumpolitik und verdröhelt dabei die kostbare Zeit im Parlament.

Das ist fatal, wenn die Schwarzen von einem ihrer Wortführer so niedrig eingeschätzt werden. Unsere Freunde in Bayern werden diese Auslassung des Herrn Gerstenberger im nächsten Jahre, wo die Landtagswahlen stattfinden, wohl sehr oft gebrauchen können.

Einen Streik mit vorwiegend ausländischen Arbeitern zu gewinnen, das dürfte auch nicht zu den alltäglichen Begebenheiten im gewerkschaftlichen Kampfe gehören. In Duisburg haben dies jetzt nach dem Vorwärts die Hafnarbeiter fertig bekommen. Nachdem zunächst die Holzträger nach vierteljährigem Kampfe glatt durchdrangen, traten die Kranarbeiter des Hafengebiets in den Ausstand. Bei dieser Arbeit werden vorwiegend Italiener und Holländer beschäftigt, allerdings auch Einheimische und auch Kroaten! Die Arbeit ist eine ziemlich robuste und nicht jedermanns Sache. Als die Leute sahen, wie die bis dahin nur sehr mangelhaft organisiert gewesenen Holzträger infolge eiserner Disziplin und eines vorzüglich funktionierenden Nachrichten- und Postendienstes trotz vorherigen Lohnwobohs in den Arbeitsverhältnissen einen so erfreulichen Sieg erfochten, durch Abschluß eines mit Lohnerhöhung verbundenen Tarifs geregelte Arbeitsverhältnisse schufen und die Benutzung des Arbeitsnachweises der Hafnarbeiterorganisation durch die Unternehmer erreichten, da kam auch der bunt durcheinander gewirfelte Menge der Kranarbeiter der Appetit. Ohne viel Agitation kamen sie und ließen sich in die Organisation aufnehmen und eines guten Tages, als die Holzträger ihren Tarif abgeschlossen und den Sieg errungen hatten, waren plötzlich

die Plätze der Kranarbeiter leer. Einige Sechserfische der Unternehmer und ihrer Presse mißglücken. Das Beispiel der Holzträger tat seine Wirkung und in einer am 23. Juli abgehaltenen Versammlung konnte nach fünfjähriger Dauer auch der Streik der Kranarbeiter für beendet erklärt werden. Die erstrittene Lohnerhöhung beträgt 6 bis 8 Mk. pro Woche, dazu sind geordnete Verhältnisse geschaffen. Die Organisation der Hafenarbeiter hat durch die Bewegung einen mächtigen Aufschwung genommen.

Verhaftete christliche Gewerkschaftsführer. Auf dem christlichen Gewerkschaftskongreß, der vor kurzem in Breslau tagte, waren bekanntlich auch die Spitzen der Behörden erschienen, die in schwingenden Reden den versammelten Christen ihr Wohlwollen verkündeten. Wie ein Hohn auf diese Versicherung klingt die Nachricht, daß in Würzeln bei Aachen vier christliche Arbeiter verhaftet wurden, darunter der Vorsitzende des christlichen Metallarbeiterverbandes Schümmer. Die Rheinische Zeitung schreibt zu diesem unerhörten Vorgehen: So wenig man in Würzeln von einer strafbaren Tat Schümmers etwas weiß, so wenig wird man auch sonst etwas davon wissen. Freilich ein Kapitalverbrechen hat Schümmer begangen. Er hat die Sodarbeiter organisiert, und was noch schlimmer ist, er hat ihre Begehrlichkeit nach mehr Lohn geweckt und sich erdreistet, dem Unternehmer ein paar Groschen mehr Lohn für seine Arbeitsbienen abzutrocknen. Das ist ein „Verbrechen“, wofür nach dessen Meinung Rad und Galgen aufgebaut werden müßten, aber glücklicherweise enthält das bestehende Strafrecht keine Bestimmung, die Schümmers Handlungsweise verbietet oder, man müßte es denn vergewaltigen. Schümmer wurde früh um fünf Uhr aus dem Bett geholt und zwei Gendarmen und ein Polizist transportierten ihn ins Untersuchungsgefängnis nach Aachen.

Der Aachener Volksfreund, ein Zentrumsblatt, berichtete einige Tage vor den Verhaftungen: „Die Bewegung bei der Firma M. Sonigmann wächst von einem wirtschaftlichen Kampfe mehr und mehr zu einem erbitterten Klassenkampfe aus. . . . Erst kam die schroffe Haltung von Seiten der Firma gegenüber der Arbeiterkraft, indem man diese nicht mal mehr einer Antwort würdigte, obwohl alle Schreiben an die Firma in einem ausgesucht höflichen Tone gehalten waren. Dann kam das Gendarmereiaufgebot, das der ganzen Bewegung künstlich den Charakter einer halben Revolution aufbrachte, und das erst die Leute auf die Straße zog. Dann kam das überschneidende Auftreten einiger dieser Herren Gendarmen. Einer faßte den Vorsitzenden des christlichen Verbandes, Schümmer, an die Brust, als er zu den angekommenen Holländern (Arbeitswilligen) sprechen wollte. Andere ritten zweimal ins Volk, als dieses sich um die am Montag eintreffenden Italiener drängte. . . . Die vergangene Nacht wurde dann der Revolver in diesem wirtschaftlichen Kampfe in Gebrauch gebracht; der Bauunternehmer Lürken, der treue Verbündete Sonigmanns, hat fünfmal mit der Waffe geschossen. Die Erregung in der Bürgerschaft ist gewaltig.“

Aus diesen Vorgängen will man jetzt den „Landfriedensbruch“-Prozess gegen die christlichen Arbeiter herleiten. — Vielleicht werden die christlichen Gewerkschaften, die sich mit ihrer „nationalen und christlichen Gesinnung“ bei den Behörden anzubiedern suchen, durch diesen Gewaltakt kuriert.

Freiheit, die „ich“ meine! Die Vereinigten Berlin-Frankfurter Gummiwarenfabriken haben an Leute, von denen sie glaubten, die Not könnte sie ihren Absichten gefügig machen, Schriftstücke versendet, die ganz charakteristisch die Auffassung des Unternehmertums darüber widerspiegeln, was der Arbeiter im modernen privatkapitalistischen Staat an „Freiheiten“ beanspruchen darf. Das Schreiben lautet:

Berlin O., 28./7. 06.
Wilhelmstraße 70/71.

Sind Sie gesund und kräftig, so können Sie als Gummiarbeiter bei uns eintreten; je nach den Leistungen, der Beschäftigungsart, dem Alter usw. verdienen unsere Arbeiter 18 bis 27 Mk. per Woche und mehr.

Wir machen aber darauf aufmerksam, daß unsere alte Arbeiterschaft, soweit sie dem Verbands angehört, plötzlich gemeinsam die Arbeit niedergelegt hat.

Wir hören gerne die Wünsche des einzelnen, aber wir lassen uns im eigenen Hause nicht durch die Gesamtheit zu bestimmten Zugeständnissen zwingen.

Jeder vernünftige und geschickte Arbeiter kann bei uns zu guten Löhnen dauernde Beschäftigung finden, aber wir behalten uns vor, solche zu entlassen, die sich einem Verbands anschließen, der fortgesetzt gegen die Arbeitgeber agitiert; wir wünschen, daß jeder unserer Arbeiter sich seine eigene Freiheit bewahrt und sich nicht einem bestimmten Verbands unterordnet, der meist den Interessen der Unternehmer entgegenarbeitet und nur zur Unzufriedenheit aufstachelt.

Zwecks event. Uebernahme der Arbeit können Sie sich am Montag vormittag um . . . Uhr bei uns einfinden.

Vereinigte Berlin-Frankfurter Gummiwaren-Fabriken. Die Firma behält sich also vor, jeden zu entlassen, der es wagt, sich einem Verbands anzuschließen; sie wünscht aber, daß die Arbeiter sich ihre Freiheit bewahren, indem sie dem Zwange der Firma nachkommen, der Organisation fernbleiben. Organisation ist Zwang in den Augen der Firma, erzwungene Untertänigkeit Freiheit.

Glücklicherweise sind die Arbeiter denn doch zu aufgeklärt, um auf die Fuchspredigt eines solchen Kapitalisten hereinzufallen. Sie ziehen die freie Entschließung in der Organisation der erzwungenen Trennung von ihrer Kollegenschaft vor.

Vorsichtflutliches. Aus Bayern, wo bekanntlich die Demokratisierung so große Fortschritte machen soll, wird uns berichtet: In Bayern herrscht noch die vorsichtflutliche Bestimmung, daß Arbeiter wegen Blaumontagmachens bestraft werden können. Zu welchen Ungeheuerlichkeiten dies führt, zeigt folgender Fall. Bei dem Steingeschäftsinhaber Bergmann in Würzburg (Oberfranken) arbeiteten zwei Steinarbeiter bis mittag. Von der Mittagspause kehrten sie nicht mehr zurück. Sie waren auf dem Wege zur Arbeit an einem Bauerntage vorbeigekommen, dessen Besitzer sie gebeten hatte, ihm ein verunkeltes Wasserrad heben zu helfen. Diese Arbeit dauerte bis 5 Uhr. Dann zahlte der Bauer zum Entgelt einige Glas Bier. Darin wurde das „Blaumachen“ erblüht und die Arbeiter wurden mit Strafmandaten auf je 5 Mk. bedacht. Sie erhoben Einspruch und machten vor Gericht außer der eben erwähnten Tatsache noch geltend, daß der Unternehmer sie schon oft wegen angeblichen Arbeitsmangels nach Hause geschickt habe, so auch am Tage nach dem „Blaumachen“.

montag“. Es nützte ihnen aber alles nichts, sie wurden zu 3 und 4 Mk. Geldstrafe verurteilt.

k. Die Geschichte eines Arbeitswilligen. Als vor einiger Zeit die Schuhmacher bei der Firma Lüber u. Co. in Würzen in einen Streik traten, stellte sich kurz darauf als Arbeitswilliger ein Franz Richter aus Dresden ein. Als ihm eine vom Streikkomitee geforderte Summe für den Fall seiner Abreise wegen ihrer außerordentlichen Höhe nicht gezahlt wurde, arbeitete er weiter bis der Streik zu Ende ging und meldete sich sogleich bei der Ortskrankenkasse wegen einer sehr fragwürdigen „Verletzung“ krank. Da die Kasse seinen Anforderungen, die nicht gerade bescheiden waren, nicht nachkam, ging er zur Aufsichtsbehörde und fand dort den weitgehendsten und umfanglichsten Schutz. Daß er die Kassenverwaltung auch in politischer Hinsicht verächtliche, sei nur nebenbei erwähnt. Dem Manne wurden alle Forderungen zugestanden. Jetzt taucht dieser Richter im Landgericht Dresden wieder auf. Es ist ihm von den verschiedensten Versicherungsgesellschaften nachgewiesen worden, daß er in den letzten Jahren ganz unglückliche Betrügereien verübt hat. Durch „Unfälle“ und sonstige Vorkommnisse brachte er es fertig, daß er von Versicherungsgesellschaften, Krankenkassen usw. in einigen Jahren über 6000 Mk. ausgezahlt erhielt. Die 5. Strafkammer des genannten Gerichts verurteilte ihn in den letzten Tagen zu 2 1/2 Jahren Gefängnis und 3 Jahren Ehrenrechtsverlust. Ein „nützliches Element“ hat da in einer für die herrschende Ordnung blamablen Weise Schiffbruch gelitten.

S. Was die Deutschen Schlossermeister sind und was sie wollen, das verkündeten sie der Welt durch die Verhandlungen auf ihrem Verbandstag in Augsburg: Sie sind arme Leute, vom Staat, von den Gemeinden, von den Arbeitern geplagt, von Gott verlassen und vom Teufel ausgelacht. Sie wollen daher polizeiliches Verbot der Arbeiterorganisationen, Aufhebung der Arbeiterversicherung, Aufnahme von Streikauflagen in alle Lieferungsverträge und wenn man ihre billigen Wünsche nicht baldigst erfüllt, dann verliert der Staat bald die sichersten Stützen von Thron und Altar! Das ungefähr ist der Tenor ihrer Verhandlungen.

Weil ein Meister erst als ein „richtiger“ Meister gilt, wenn er in einem Scharfmacherverband Mitglied ist, so mußten die Schlossermeister natürlich auch dergleichen tun und sie beschloßen, sich dem Arbeitgeberverband anzuschließen, „weil man da bloß eine Mark Beitrag zu leisten braucht“, während im Metall-Industriellenverband der Beitrag höher ist.

Bezeichnenderweise kam der Antrag, die Reichsregierung möge die Arbeiterorganisationen polizeilich verbieten, von Sachsen, „wo's so scheine is, denn da kann ein Gendarm schon eine gewerkschaftliche Versammlung auflösen, wenn's ihn bloß an die Beene friert!“

Litterarisches.

Der in seinem 31. Jahrgang vorliegende Neue Weltkalender für das Jahr 1907 (Gamburg, Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Auer u. Co.) enthält u. a.: Kalendarium. — Postwesen. — Beachtenswerte Adressen. — Statistisches. — Rückblick. — Messen und Märkte. — Im Kreislauf des Jahres. — Die Reform der Strafprozessordnung. Von Rechtsanwalt Hugo Heinemann. — Seuchengefahr und Seuchenverhütung. Von Dr. F. Zedel (mit Illustrationen). — Zwei Lieder im Volkston. Von Leo Heller. — Ein Maifesttag. Nach dem Leben erzählt von Minna Kautsky (mit Illustrationen). — Wenn wir nicht mehr gültig sind. Gedicht von E. Frezang. — Der Kampf um das Mittelmeer der Zukunft. Von Heinrich Cunow (mit Illustration). — Die Karikatur und ihre Bedeutung. Von Eduard Fuchs (mit Illustrationen). — Wir sind der Sieg. Gedicht von Ludwig Lessen. — Moderne Kraftwagen. Von A. G. (mit Illustrationen). — Sozialistische Frauenagitation. Von Ottilie Baader. — Lied der Vergleute. Von W. L. — Die Kultur des Tabaks. Von A. G. Grant (mit Illustrationen). — Französische Gesellenorganisation im 18. und 19. Jahrhundert. Von Adolf Braun. — Nachtarbeit. Gedicht von Gustav Weber. — Szenen aus der russischen Revolution. Von J. H. (mit Illustrationen). — Unsere Toten (mit Porträts). — Heilige Familie. Gedicht von Ernst Kreowski. — Fliegende Blätter. — Das Armband. Satirische Skizze von Michel Thivars. Autorisierte Uebersetzung (mit Illustrationen). — Für unsere Räthelräser. — Trächtigkeit und Brittelalender. — Außerdem drei Bilder: Der Bergmann. — Die Auswanderer. — Proletarierin. — Zwei Dreifarbenbrände auf Kunstdruckpapier: Der Steinklopfer. — Säher am Amfelnest. — Ein Wandkalender.

In dritter, verbesserter Auflage erschien soeben der Führer durch das Gewerbe-Unfallversicherungsgesetz, der in übersichtlicher Weise und leicht verständlicher Form den Inhalt des Gesetzes erläutert. Wir empfehlen denselben insbesondere auch allen Gewerkschaften, Arbeitersekretariaten, sowie überhaupt allen Auskunftsstellen zur Anschaffung. Der Preis des Führers beträgt 25 Pfg.; bei Bezug für Vereine usw. eventuell Preis nach Vereinbarung.

Bestellungen auf diesen und sämtliche bereits früher erschienenen Führer nimmt jede Buchhandlung, jeder Kolporteur und Zeitungsaussträger entgegen.

Quittung.

Für die streikenden Kalksteinarbeiter, welche nun volle zehn Wochen im Kampfe liegen, sind vom 15. Juli bis 4. August 1906 folgende freiwillige Beträge eingegangen:

München, 3. Rate	100.— Mk.
4. Rate	100.— "
Kelheim, 1. Rate	29.— "
Miltenberg, 1. Rate	10.— "
Reichenhausen, 1. Rate	10.— "
Klein-Hubach, 1. Rate	3,60 "
Trennfurt, 1. Rate	7,50 "
Nördlingen, 1. Rate	55.— "
Karlsruhe, 1. Rate	10.— "
Freiburg i. Baden, 1. Rate	25.— "
Gewerkschaftskartell Heibingsfeld, 1. Rate	50.— "
2. Rate	25.— "
Würzburg, 1. Rate	8,50 "
Summa: 433,60 Mk.	

Die streikenden Kollegen sagen für Bekundung der Solidarität allen Kollegen und Genossen Dank.

Wir bitten, uns auch im weiteren Kampfe tatkräftig zu unterstützen.

J. A.: Hans Mittenmeier, Gauleiter
Würzburg, Fabrikstraße 27.

Bekanntmachungen der Vertrauensleute.

Schönhof. Lambert Strunz, welcher sich in Deutschland befinden soll, wird ersucht, seine Adresse an Unterzeichneten einzusenden. Herm. Strunz, Schönhof b. Pöderlam (Böhmen), Nr. 50.

Münster. Oberamt Cannstatt. Der Steinmetz Max Arbogast soll unzugänglich seine Adresse an den Bezirksnotar in Cannstatt einsenden. Paul Arbogast, Münster, Christophstr. 6.

Adressen-Änderungen.

Riel II (neue Zahlstelle im 6. Gau). Vorsitzender: Karl Meier, Jungmannstraße 38, I. Kassierer: Friedrich Hinz.

Hilshach (neue Zahlstelle im 8. Gau). Kassierer: J. Klein. **Hubach I. D.** (neue Zahlstelle im 8. Gau). Vorsitzender: Wilh. Schimpf. Kassierer: Adam Ehrig.

Seebach (neue Zahlstelle im 9. Gau). Vorsitzender: Fridolin Kopp. Kassierer: Karl Hettig.

Zitting (neue Zahlstelle im 10. Gau). Vorsitzender: Xaver Bauer in Hörsberg.

Langensied (neue Zahlstelle im 11. Gau). Vorsitzender: Georg Seitz. Kassierer: Matthäus Kolb. **Mohbach**, Post Miltach (neue Zahlstelle im 11. Gau). Vorsitzender: Ludwig Vornehm in Neumühl. Kassierer: Ignaz Karl.

Donabrüd. Kassierer: Heinrich Stühmer, Kleine Hanfenstr. 6. **Reg.** Kassierer: Heinrich Bolland, Montigny, Lämmerstr. 45. **Speier.** Vorsitzender: Hans Jäger, Kapuzengasse 35. **Sulz.** Kassierer: Joseph Fetting, Kavalleriestraße 2. **Augsburg.** Vorsitzender: Bernhard Fischer, Straße 30, N 2. **Neuenstein.** Vorsitz.: Alb. Hugel. Kassierer: G. Breitter.

Quittung.

Eingegangene Gelder vom 6. bis mit 11. August 1906.

(Die vor den Zahlen stehenden Buchstaben bedeuten: B. = Beitragsmarken, E. = Eintrittsmarken, D. = Delegiertensteuermarken, Ers. = Ersatzmarken, Z. = Zeitungsmarken, St. = Stempel, H. = Hauptbuch, G. = Gesetzbücher, Br. = Broschüre, F. = Farbkissen, Ab. = Abonnement, Ins. = Inserate.)

Börsned, B. 7,50; Neumühle, B. 4,40; Waldheim, B. 5,50; Geesthacht, B. 2,35; Reddinghauhen, B. 2,85; Lemgo, B. 10,85; Siegen, B. 18,70; Mohbach, E. 1,50; Schleswig, B. 2,75; Aue, Ins. 22.—; Bühlberg, B. 98,88, E. 15,50, M. 5,60; Vera, B. 13,44, D. 0,75, Z. 2.—; Hamburg II, B. 233,20, D. 2,75, Z. 7.—, M. 1,80; Hamburg I, B. 230.—, Erw. 10.—; Hochstätten, B. 82,80, E. 0,50; Karlsruhe, B. 8,55, Erw. 7,45; Laufmholz 115,19 (?); Lutter, B. 84.—; Mondfeld, B. 0,50, M. 1.—; Obenbach 77,78; Plauen, B. 138.—; Regensburg, B. 27,16, D. 0,25, Z. 9,50; Rothenburg, E. 3,50, D. 0,25, M. 0,75; Seidmann, Ins. 1,50; Wittenberg, B. 8,40; Wirges, B. 46.—, E. 2,50; Weichselburg, B. 42.—, E. 1.—, D. 13.—, Z. 21,50; Weida, B. 722.—, E. 16,25, D. 52.—, Z. 58.—, Ins. 3,45; Brudmühl, B. 8,06; Feschenbach, B. 127,40, E. 1,50, D. 12,50, Z. 28.—; Faulbach, B. 105,34, D. 22.—, Z. 35,50, M. 3,75; Häslich, B. 168.—; Kirchenlamitz, B. 119,20, Erw. 1.—; Königsbrück 81,24; Magdeburg, B. 27,56, E. 15.—, D. 1,75, Z. 5,50, Erw. 1,60; Stabe, B. 8,35; Brynned 10.—; Scherwin, B. 2,85; Sulza 2,20; Worms, B. 1,45; Holtensen 3.—; Brudmühl, B. 44,80; Allagen, B. 8,05; Lehre, B. 4.—; Augsburg, B. 192,96, D. 0,50, Z. 2.—, M. 4,50; Annaberg, B. 42.—, E. 3.—, Erw. 2.—; Krauwinkel, B. 92.—, M. 1,50; Demitz-Thumitz 250,45 (?); Elberfeld, B. 45,92, D. 6,25, Z. 12.—; Eisenbach-Obernö., B. 39,60; Haffersode, B. 368.—; Hamburg II, B. 27,60, Erw. 0,40; Ober-Dorla, B. 38.—, M. 3.—, Erw. 10.—; Potsdam, E. 7.—, D. 3,25, Z. 4,50, M. 1.—; Selb, E. 160.—, E. 5.—, D. 17,50, Z. 21,50; Altenhagen, D. 0,40, Z. 15.—; Schwarzenbach, E. 1.—, Z. 72.—, M. 3.—; Wittweida, B. 14.—, E. 5.—, D. 5.—, Z. 38,50; Frankfurt a. M., B. 460.—, Erw. 0,20; Weistritz, B. 2,20; Hamburg, D. 0,25. Ludwig Geist, Kassierer.

Briefkasten.

Weimar, W. Deinen in Miniaturchrift gehaltenen Bericht konnten wir nicht entziffern. — **Hildesheim.** Der Bericht war nicht abgestempelt. — **Gruben, E.** Wende Dich bitte an die Filiale des Volksfreundes in Weihen. — **Nördlingen.** Warte heute noch auf Antwort. — **Freund H., Köln.** Selbstredend wird gewünshtes Agitationsmaterial nach Weibern gefandt. — **Rieschhausen.** Wir haben die Sperre aufgehoben; für Streikbrecher und Disfiferente wollen wir kein Exorodo sichern. — **Neuenstein.** Der Bericht war nicht abgestempelt.

Anzeigen.

(Bei Inseraten von Arbeitsangeboten übernimmt die Redaktion keine Gewähr über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse. Es ist Sache der Arbeitssuchenden, sich über die einschlägigen Berufsverhältnisse schriftlich zu erkundigen.)

Königsbrück (Lausitz).

Am Sonntag, den 19. August, findet auf dem Grundstück Parzelle Nr. 637 (Laufwitzer Flur) eine grosse öffentliche Steinarbeiterversammlung statt. Das Referat wird Frau Dr. Dunder übernehmen. Massenbesuch erwartet. Der Einberufer.

Tüchtige Spalter auf Granit

bei 40—50 Pfg. Stundenlohn sucht die Firma **Küthardt** in **Holzen** bei Ebershausen in Braunschweig. Auch **Erdarbeiter** bei 30 Pfg. Stundenlohn werden gesucht. Dieselben erhalten freies Schlafen in einem freundlichen, nächst dem Bruch gelegenen Wohnhause. Schriftliche Meldungen erbeten an **Max Leidl**, Bruchstr. in **Holzen**.

Tüchtige Steinmetzen

auf Sandstein finden dauernde Beschäftigung bei **F. W. Wellhausen**, Steinbrüche Holtensen bei Hameln a. d. Wefer.

Pflasterstein-Arbeiter

bei gutem Akkordlohn sofort gesucht. **Syenit- u. Granitwerk** vormals **Merz & Comp.** Groß-Weberau bei Reinheim im Odenwald.

Polytechnisches Institut Friedberg
b. Frankfurt a. M.
Akademische Lehr-Anstalt mit Spezial-Kursen für
Architekten und Bau-Ingenieure
Absolventen von Baugewerkschulen finden Aufnahme.

Der Zentralverkehr der Pirnaer Gewerkschaften

befindet sich im **Volkshaus** (früher Weisses Ross). Gute Küche. Reinliche Betten schon von 30 Pfg. an. Die Betriebsleitung. Karl Riegel.

Sterbetafel.

(Unter dieser Rubrik veröffentlicht wir kostenlos alle Todesfälle der Verbandsmitglieder, von denen uns innerhalb 10 Tagen nach erfolgtem Ableben Mitteilung gemacht wird.)

München. Am 31. Juli starb in Oberammergau unser Kollege **Joseph Klieber** im Alter von 36 1/2 Jahren an der Berufskrankheit.

Seppenheim. Am 6. August starb unser Kollege **Nikolaus Amann** im Alter von 28 Jahren an der Lungenschwindsucht. Er war für unseren Verband sehr hervorragend tätig. An der Beerdigung nahmen etwa 500 Kollegen teil.

Bremen. Am 8. August starb unser Kollege **Anton Fluhr** im Alter von 48 Jahren 10 Monaten an der Berufskrankheit.

Seeburg. Am 7. August schied unser Kollege **Richard Ritter** freiwillig aus dem Leben. Alter 36 Jahre. Ehre ihrem Andenken!

Verantwortlicher Redakteur: A. Staudinger, Leipzig. Verlag von Paul Starke in Leipzig. Notationsdruck der Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft.

Die Gewerkschaftsorganisationen Deutschlands im Jahre 1905.

I.

Im verfloffenen Jahre ist von dem organisierten Unternehmertum im weitesten Maße und mit größtem Vorbedacht die Probe aufs Exempel gemacht worden, ob durch Aussperrungen, durch Maßregelung von Mitgliedern und durch sonstige irgend nur anwendbare Mittel die Widerstandskraft der Gewerkschaften gebrochen oder auch nur herabgemindert werden kann. Das Resultat ist eine nie geahnte Stärkung der Gewerkschaften, eine in keinem vorherigen Jahre erreichte Mitgliederzunahme, eine Vermehrung der Einnahmen um 7 3/4 Mill. Mark und eine Erhöhung des Kassenbestandes um 3 1/2 Mill. Mark. Der Umstand, daß gerade die Gewerkschaften, die am meisten unter Aussperrungen zu leiden hatten, den größten Mitgliederzuwachs haben, dürfte beweisen, daß nicht die vermehrte Agitationskraft der Organisationen allein diesen gewaltigen Fortschritt herbeiführte, sondern daß dem Unternehmertum und seinen Unterdrückungs- und Sprengungsversuchen ein nicht geringer Anteil an diesem Erfolge zuzuschreiben ist.

Im Jahre 1905 vermehrte sich die Zahl der Mitglieder im Jahresdurchschnitt um 292 695, das sind 46 201 Mitglieder mehr, als die gesamten Zentralverbände im Jahre 1894 hatten. Vom Jahre 1891 bis zum Jahre 1893 ging die Zahl der Mitglieder der Gewerkschaften von 277 659 auf 223 530 zurück. Von da ab zeigte sich eine ständige Aufwärtsbewegung, wie die nachstehende Uebersicht ausweist.

Jahr	Mitgliederzahl	Zunahme gegenüber dem Vorjahre	
		Absolut	in Proz.
1894	246 494	22 964	10,2
1895	259 175	12 681	5,2
1896	329 230	70 055	27,0
1897	412 359	83 129	25,2
1898	493 742	81 383	19,7
1899	580 473	86 731	17,5
1900	680 427	99 954	17,2
1901	677 510	—	—
1902	733 206	55 696	8,2
1903	887 698	154 492	21,0
1904	1 052 108	164 410	18,5
1905	1 344 803	292 695	27,8

Die Mitgliederzunahme war in den einzelnen Jahren keine gleichmäßige. Im Jahre 1901 findet sich sogar ein Rückgang in der Mitgliederzahl um 2917, der in der ungünstigen Wirtschaftskonjunktur des Jahres seine Erklärung findet und nicht geeignet ist, das Gesamtbild zu trüben.

Berücksichtigt man, daß mit der größeren Mitgliederzahl der Prozentfuß der neugewonnenen Mitglieder in der Regel geringer wird, so ergibt sich für 1905 eine unergleichliche Mitgliederzunahme, denn auch der Prozentfuß mit 27,8 ist in keinem Jahre vorher erreicht worden. Der nächsthöchste prozentuale Zuwachs an Mitgliedern war im Jahre 1896 mit 27,0 Prozent zu verzeichnen.

Vergleicht man den Mitgliederbestand des 4. Quartals 1905 mit dem des 4. Quartals 1904, so ergibt sich eine noch größere Zunahme als im Jahresdurchschnitt. Im vierten Quartal 1904 zählten die Gewerkschaften 1 116 723, im ersten Quartal 1905 1 230 325, im zweiten Quartal 1 317 012, im dritten Quartal 1 389 178 und im vierten Quartal 1 429 303 Mitglieder, mithin gegenüber dem 4. Quartal 1904 eine Zunahme von 316 048 Mitgliedern.

Es ist vielfach der Wunsch ausgesprochen, die Mitgliederzunahme nach dem Vergleich des letzten Quartals des Berichtsjahres mit dem letzten Quartal des Vorjahres in der Statistik anzugeben. Welche Berechnungsmethode die richtige ist, mag dahingestellt bleiben. Da aber bis zum Jahre 1903 ein Hinweis über den Mitgliederbestand in den einzelnen Quartalen in der Statistik nicht gegeben war, so wird für die Gesamtziffern die bisherige Berechnung der Mitgliederzunahme im Jahresdurchschnitt beibehalten werden müssen, um den Vergleich mit den Vorjahren nicht zu beeinträchtigen. Dagegen kann für die einzelnen Gewerkschaften sehr wohl die Mitgliederzunahme vom vierten Quartal des Vorjahres zum vierten Quartal des Berichtsjahres erfolgen, ohne zu Irrtümern Veranlassung zu geben. In der nachfolgenden Aufstellung ist das geschehen. Es hatten an Mitgliedern zugenommen im vierten Quartal 1905 gegenüber dem vierten Quartal 1904:

Metallarbeiter 60 728, Maurer 28 551, Textilarbeiter 26 550, Fabrikarbeiter 25 089, Holzarbeiter 24 755, Bergarbeiter 24 378, Bauhilfsarbeiter 16 420, Handels- und Transportarbeiter 10 249, Maler 7468, Gemeindegewerkschaften 7092, Schneider 7034, Zimmerer 6210, Wäschearbeiter 5325, Schuhmacher 4991, Steinarbeiter 4918, Glasarbeiter 4776, Tabakarbeiter 4644, Brauereiarbeiter 4083, Buchdrucker 3896, Buchdruckereihilfsarbeiter 3488, Schmiede 3385, Maschinisten 2733, Porzellanarbeiter 2557, Lithographen 2182, Handlungsgehilfen 2103, Hafnarbeiter 1916, Bäcker 1668, Stukkateure 1631, Sattler 1370, Dachdecker 1255, Buchbinder 1253, Tapezierer 1135, Portefeuille 1072, Lederarbeiter 994, Gutmacher 985, Steinseher 939, Glaser 930, Gastwirtsgehilfen 883, Böttcher 750, Konditoren 656, Töpfer 588, Gärtner 517, Schiffszimmerer 505, Müller 497, Kupferschmiede 480, Barbieren 451, Zigarrensortierer 317, Fleischer 184, Bildhauer 182, Seeleute 170, Asphaltarbeiter 161, Handschuhmacher 136, Bureauangestellte 135, Notenstecher 121, Lagerhalter 106, Vergolder 103, Graveure 78, Blumenarbeiter 75, Formstecher 72, Buchdrucker Elfaß-Lothringen 65, Zivilmusiker 27.

Eine Mitgliederabnahme ist nur bei dem Verband der Kürschner, und zwar mit 59, zu verzeichnen. Im Jahresdurchschnitt berechnet, würde dieser Verband eine geringe Mitgliederzunahme aufweisen. Er hatte im Jahresdurchschnitt 1935 Mitglieder im Jahre 1904 und 1939 Mitglieder im Jahre 1905.

Für die Berechnungen über die Einnahme und die einzelnen Ausgaben der Verbände läßt sich nicht die Mitgliederziffer am Schluß des Berichtsjahres, sondern nur die Jahresdurchschnittsziffer verwenden. Diese ist deshalb in der nachfolgenden Aufstellung, wie auch in den weiteren Zahlenangaben verwandt. Es hatten im Durchschnitt des Jahres 1905 Mitglieder:

Metallarbeiter 233 323, Maurer 155 911, Bergarbeiter 124 976, Holzarbeiter 119 925, Textilarbeiter 66 959, Fabrikarbeiter 66 689, Handels- und Transportarbeiter 46 906, Bauhilfsarbeiter 46 308, Buchdrucker 43 251, Zimmerer 42 249, Maler 29 470, Schneider 28 626, Schuhmacher 26 366, Tabakarbeiter 24 619, Brauereiarbeiter 21 697, Gemeindegewerkschaften 17 926, Buchbinder 16 787, Schmiede 15 820, Hafnarbeiter 14 229, Steinarbeiter 13 896, Lithographen 12 270, Töpfer 10 941, Maschinisten 10 477, Bäcker 10 285, Porzellanarbeiter 10 084, Glasarbeiter 8940, Steinseher 7157, Stukkateure 7091, Buchdruckereihilfsarbeiter 6896, Böttcher 6825, Tapezierer 6638, Lederarbeiter 6403, Sattler 5606, Gutmacher 5158, Bildhauer 4843, Handlungsgehilfen 4796, Dachdecker 4750, Glaser 4412, Werftarbeiter 4192, Gärtner 3936, Müller 3880, Kupferschmiede 3721, Gastwirtsgehilfen 3656, Seeleute 3348, Portefeuille 3318, Konditoren 3071, Handschuhmacher 3050, Wäschearbeiter 2884, Schiffszimmerer 2788, Fleischer 2338, Graveure 2313, Kürschner 1939, Vergolder 1807, Zigarrensortierer 1718, Lagerhalter 1429, Barbieren 1321, Buchdrucker Elfaß-Lothringens 907, Zivilmusiker 722, Bureauangestellte 667, Asphaltarbeiter 568, Formstecher 517, Blumenarbeiter 475, Notenstecher 433, Schirmmacher 327. Der Verband der Werftarbeiter, der sich am 1. Oktober 1905 auflöste und dessen Mitglieder sich den Verbänden der Holzarbeiter und der Metallarbeiter angeschlossen, zählte im Durchschnitt der ersten drei Quartale des Jahres 1905 4192 Mitglieder.

Von der Berechnung des Prozentverhältnisses der organisierten Arbeiter und Arbeiterinnen zu den Berufsangehörigen müssen wir Abstand nehmen. Schon in früheren Jahren wurde darauf hingewiesen, daß die Zahlen der Berufsstatistik vom Jahre 1895 heute nicht mehr Geltung haben können. Es fehlt jeder Anhaltspunkt dafür, um abzuschätzen, in welchem Maße sich die Arbeiterschaft der einzelnen Berufe und die industrielle Arbeiterschaft insgesamt seit dem Jahre 1895 vermehrt hat. Von Jahr zu Jahr wurden die Resultate der Berechnungen, die auf Grund der Ergebnisse der Gewerbezahlung von 1895 gemacht wurden, unzuverlässiger. Man hätte sich schließlich trotz aller Mängel damit abfinden können, die Ziffern ein Jahrzehnt lang zu verwenden. Nun hat aber nicht, wie ursprünglich in Aussicht genommen war, eine Berufs- und Gewerbezahlung im Jahre 1905 stattgefunden, sondern sie soll erst im Jahre 1907 vorgenommen werden. Die ersten Resultate werden günstigenfalls im Jahre 1908 vorliegen und werden wir bis dahin davon abssehen müssen, festzustellen, in welchem Verhältnis die Zahl der Organisierten zu den Berufsangehörigen steht.

Wenn wir trotzdem die Gesamtziffer der organisierten Arbeiter und Arbeiterinnen mit der Zahl der Organisierten in Vergleich stellen, so deshalb, um zu zeigen, daß die Gewerkschaften trotz der gewaltigen Mitgliederzunahme in den letzten Jahren und trotzdem sie die vor einem Jahrzehnt kaum für möglich gehaltene Mitgliederziffer von fast 1 1/2 Millionen erreicht haben, noch weit davon entfernt sind, die gesamte oder auch nur einen größeren Teil der Arbeiterschaft in sich vereinigt zu haben. Nach den auf Grund der Ergebnisse der Berufs- und Gewerbezahlung angestellten Berechnungen ergab sich, daß im Jahre 1895 als organisationsfähig gelten konnten 5 145 700 Arbeiter und Arbeiterinnen. Davon gehörten den gewerkschaftlichen Zentralverbänden gegenwärtig an 1 344 803 = 26,1 Prozent. Nun ist sicher eine wesentliche Erhöhung der Zahl der industriellen Arbeiter seit dem Jahre 1895 zu verzeichnen, so daß gesagt werden muß, daß die gewerkschaftlichen Zentralverbände heute noch nicht den vierten Teil der industriellen Arbeiterschaft umfassen. Wenn auch dadurch, daß die Gewerkschaften sich auf bestimmte Gebiete konzentrieren, die Aktionskraft erhöht wird und tatsächlich unsere Organisationen sich einen Einfluß im Wirtschaftsleben gesichert haben und dieser Einfluß auch von den Gegnern der Arbeiterbewegung anerkannt wird, so zeigt der vorstehende Vergleich doch deutlich, daß noch viel Mühe und Opfer erforderlich sind, um die Massen der indifferenten Arbeiter und Arbeiterinnen für die Gewerkschaften zu gewinnen. Wir lassen uns die Freude und die Genugtuung über die im letzten Jahrzehnt gemachten Fortschritte nicht schmälern, haben aber nicht die geringste Ursache, mit dem gegenwärtigen Stand der Bewegung zufrieden zu sein. Ueber unsere Kraft dürfen wir uns nicht selbst täuschen. Daß es aber, trotz aller gegenteiligen Behauptungen, mit unsern Gewerkschaften in so gewaltiger Weise vorwärts gekommen ist, muß uns ein Ansporn sein, noch energischer als bisher für die Ausbreitung unserer Organisationen zu sorgen in der festen Zuversicht, daß es uns gelingen wird und gering u muß, die heute noch Fernstehenden für die Gewerkschaften zu gewinnen.

Bericht des 4. Gau (Sik Leipzig)

vom 1. Juli 1905 bis 1. Juli 1906.

Der 4. Gau weist eine starke Steinindustrie auf. Die Bedingungen, um dem Verband Ausbreitung zu verschaffen, sind somit gegeben. Im allgemeinen dürfte man wohl annehmen, daß in Sachsen an und für sich durch die politische Agitation schon mehr Aufklärung unter die Arbeiter in den ländlichen Gebietsteilen gedungen wäre, wer aber in der praktischen Agitation tätig ist, verpürt, offen gestanden, davon sehr wenig. Die Kollegen in den hiesigen Steinbrüchen, soweit der Verband noch nicht in Frage kommt, sind genau so rückständig wie die Steinbrucharbeiter im Oben- und Schwarzwald.

Bei der Uebernahme im Juli 1905 waren 24 Zahlstellen zu verzeichnen. Dieselben hatten einen Mitgliederbestand von zusammen 1272. Dem gegenüber standen nach den eingegan-

nen Situationsberichten, welche leider recht spärlich, ja teilweise gar nicht eingingen, weit über 4500 unorganisierte Steinarbeiter. An eine planmäßige Agitation konnte zunächst nicht gedacht werden. Es hieß, die alten Zahlstellen zu besetzen. Wir ließen uns von den großen Mitgliederziffern nicht täuschen. Das schlechte Einpenden der Quartalsabrechnungen zeigte, daß in vielen Zahlstellen die Verwaltungen nicht auf der Höhe der Zeit stehen. Die Gauleitung gab sich redlich Mühe, um nach dieser Richtung hin den Anweisungen des Zentralvorstandes Rechnung zu tragen. Soll uns das nicht gelungen sein, so liegt das eben an den bescheidenen Kräften der Gauverwaltung. Die Oskulationsziffern bezüglich der Organisierten sind in der Sandsteinbranche sehr hohe. Stabil ist die Mitgliederziffer nur in der Granitindustrie geblieben. In den Granitbetrieben kennen erfreulicherweise unsere Kollegen eine Arbeitslosigkeit nicht. Die Entwicklung des ganzen Städtewesens hat zur Folge, daß in erster Linie die Pflastersteinindustrie immer vollaus beschäftigt ist. Auch kann in der Branche sehr viel auf Vorrat angefertigt werden. Die Gauleitung setzte mit der Agitation hauptsächlich in den Granitbetrieben ein. Die Erfolge dürfen als nennenswerte sehr wohl bezeichnet werden.

Welche enorme Arbeit die Gauleitung bloß in schriftlicher Beziehung zu leisten hatte, geht daraus hervor, daß 322 Briefe und Karten versandt wurden. Dem steht ein Einlauf von 219 Postfächern gegenüber. Außerdem wurden 9 Rundschreiben an die Filialverwaltungen versandt. Flugblätter und Handzettel gab die Gauleitung 21 heraus. Die paar Bemerkungen beweisen, daß die Gauleitungsmitglieder nicht auf der faulen Haut lagen, was zu tun möglich war, geschä. Um die mündliche Agitation zu fördern, wurden über 30 Versammlungen abgehalten, desgleichen 5 Bezirksitzungen. Die Versammlungen erfreuten sich allgemein eines guten Besuchs. Es lag das hauptsächlich daran, daß sich endlich die Vertrauensleute daran gewöhnt haben, die Arrangierung von Versammlungen richtig in die Wege zu leiten. Schreiber dieser Zeilen hat das Empfinden, daß es von großem Vorteil ist, wenn auf die Auswahl der Referate ein besonderer Wert gelegt wird. Unbefoltenen Funktionen ist es gewiß nicht möglich, ein Duzend Referate auf Lager zu haben. Das kann aber kein Grund sein, bloß immer mit dem Thema: „Der Wert des Verbandes“ haufieren zu gehen.

Als sehr praktisch erwies sich, daß wir im August 1905 eine Gaukonferenz abhielten. Man mag über solche Zusammenkünfte verschiedener Meinung sein, das eine steht fest, wenn die Abgesandten der einzelnen Orte zu solchen Beratungen zusammenkommen, so kann das für den Verband nur von Vorteil sein. Manche Anregung wurde auf unserer Konferenz vorgebracht, welche sich als sehr beachtenswert herausstellte. Durch solche Konferenzen werden auch die Funktionäre in den Zahlstellen schon gezwungen, mehr zu den schwebenden Fragen des Verbandes Stellung zu nehmen. Gerade innerhalb der Reihen unserer Verbandsmitglieder wäre es sehr notwendig, wenn im allgemeinen das Verbandsinteresse ein regeres würde.

Innerhalb Jahresfrist wurden für den Verband ca. 700 Mitglieder neu gewonnen. Der Löwenanteil an diesem Zuwachs gehört der Zahlstelle Würzen, welche momentan 350 Mitglieder zählt. Diese Zahlstelle sah sich veranlaßt, einen Lokalbeamten anzustellen. Die Mitgliederziffer könnte, der Zahl der Beschäftigten angemessen, verdreifacht werden. Man darf auch auf den Lokalbeamten nicht alle Hoffnungen setzen, denn allein kann er die in Frage kommenden 20 Ortschaften nicht bearbeiten. Immerhin ist mit der Anstellung der erste Schritt unternommen, um in Würzen ernstlich den Versuch gemacht zu haben, die Organisationsverhältnisse stabil zu gestalten. Den Würzener Kollegen die besten Wünsche zu ihrem neuen Unternehmen. Neugründungen von Zahlstellen sind weiter zu verzeichnen: Altenhain, Kirchberg, Ebendorf, Drohzig, Langreichenbach und Ruppertsdorf.

Streiks und Lohnbewegungen. Ich muß es mir verlagern, eingehend über dieses wichtige Kapitel zu berichten. Wer Ratsschläge braucht, wie bei Lohnbewegungen usw. richtig vorgegangen wird, möge das Referat, das in Nürnberg hierüber gehalten wurde, nachlesen. Kurz sei bloß bemerkt, daß unsere Kollegen bei Streiks oft eine geradezu bewundernswürdige Kopflosgigkeit an den Tag legen. Neun Zahlstellen befanden sich in Lohnbewegungen, in 6 Orten hatten wir einen vollen Erfolg. Zu einem scharfen Kampfe kam es in Weicha-Brandis, für die Streikenden konnten sehr merkwürdige Vorteile erreicht werden. Die Einigkeit der Ausständigen hatte die Herren Granitindustriellen verknüpft, und so ließen sie sich zu Zugeständnissen herbei. Ohne Kampf ging es in Aue ab. Dort haben wir auch eine geschickte Ortsverwaltung, welche die Bewegung sehr geschickt einleitete. Recht rigoros verfuhr ein Unternehmer mit seinen Leuten in Verberdorf bei Hofweim. Sein Müßchen ließ er an den Arbeitern aus, indem dieser Mann die führenden Kollegen nach und nach entließ. Und wirklich mit dieser Taktik gelang es ihm, unsere blühende Zahlstelle zu vernichten.

Scharf muß es gerügt werden, daß in vielen Orten die Revisionen ihren Posten so lax ausfüllen; so war es beispielsweise in Altenhain. Der Kassierer zog einfach Gelder ein, Marken an die Mitglieder zu liefern, fiel ihm nicht im geringsten ein, die Mitglieder reklamieren, der Kassierer verhängte sich hinter den Hauptkassierer und fügte hinzu: alles ist bezahlt, aber Marken erhalte ich nicht. Daß eine Entrüstung dann über die Schlampe in Hauptbureau sich einstellte, ist klar. Gätten sich aber die Mitglieder im Hauptbureau um das Konto ihres „ehrenwerten“ Kassierers erkundigt, sie hätten dieses Individuum sofort mit Schimpf und Schande seines Postens enthoben.

Bei der kürzlich vorgenommenen Neueinteilung der Gauen wurden wir insoweit berührt, indem uns sämtliche Zahlstellen des Erzgebirges abgenommen wurden. Es mag zu diesem Schritt für den Vorstand weniger die geographische Lage dieser Orte maßgebend gewesen sein, der Zentralvorstand ließ sich wahrscheinlich von dem Gesichtspunkt leiten, daß der Dresdner Gau einen besoldeten Leiter hat.

Das in kurzen Umrissen eine Schilderung über die Tätigkeit der Leipziger Gauleitung seit Jahresfrist.

Im Auftrage der Gauleitung: Leo Hein.

Bezirkskonferenz in Frankfurt a. M.

Auf Veranlassung der Zahlstelle Frankfurt a. M. tagte im dortigen Gewerkschaftshause eine Bezirkskonferenz. Vertreten waren die Orte Frankfurt, Wiesbaden, Mainz, Darmstadt, Offenbach, Höchst a. M., Diebesheim, Gelnhausen, Friedberg, Reinheim und Breitenborn mit zusammen 691 Mitgliedern. Oberhausen und Wöckelshausen waren der Einladung nicht gefolgt.

Zu Punkt 1: Die neue Gaeinteilung und unsere Stellungnahme dazu, ergibt die Diskussion, wie früher hauptsächlich von Frankfurt aus fast ganz Süddeutschland agitatorisch mit sehr gutem Erfolg bearbeitet wurde, und daß die Zentralleitung unflug handelte, kurzerhand den Gau Frankfurt aufzuteilen; denn bei der großen Ausdehnung der Gauen Würzburg, Mannheim und Köln, an deren Grenzen der frühere 9. Gau nun liegt, ist es den dortigen Gauleitern ganz unmöglich, in unserm Bezirk intensiv Agitation zu betreiben. Bestehende Zahlstellen, die

in sich noch nicht gefestigt sind, leiben und gehen schließlich ein; neue zu gründen, ist gar nicht möglich, und ein Rückgang unsres Verbandes vorauszusetzen. (???) Denn es ist auch den Kollegen, die seither agitatorisch tätig waren und noch oft verlangt werden, weil die Gauleiter infolge Ueberbürdung hierher nicht zu haben sind, nicht mehr möglich, irgendwo selbständig einzugreifen wo es not tut. Ohne Auftrag des zuständigen Gauleiters darf ein Ort nicht besucht werden, es geht dann durch Hin- und Herstreifen so viel Zeit verloren, daß ein pünktliches Eingreifen gar nicht möglich ist. Es ergibt sich aus alledem, daß der jetzige Zustand ein unhaltbarer ist, und Abhilfe geschaffen werden muß, weil gerade das Gebiet der oberhessischen Steinindustrie, sowie des Oberrheins mit Frankfurt eine Menge Berührungspunkte hat, die mit Rücksicht auf die unbedingt notwendige Agitation unter den dortigen Steinarbeitern in Betracht zu ziehen sind.

Der Punkt, Anstellung eines Bezirksleiters, rief besonders lebhaft und längere Diskussion hervor. Von allen Delegierten wurde die Möglichkeit bestritten, und es abgelehnt, einen Beamten aus eigenen Mitteln anzustellen. Es wird der Standpunkt vertreten, daß für Agitation der Zentralvorstand die Mittel aus der Verbandskasse bewilligen müsse, zumal es nicht unrentabel sei. Zu außerordentlichen Zuschüssen würden die Kollegen mehr wie genug herangezogen werden, falls im Maingebiet die Kollegen erst einmal Forderungen an die Unternehmer stellten. Nach mehrstündiger Debatte wird, als Ergebnis dieser, folgende Resolution einstimmig angenommen:

„Die von 11 Zahlstellen beauftragte Bezirkskonferenz, welche 691 organisierte Kollegen vertritt, verurteilt aufs schärfste die Auflösung des 9. Gaues. Sie fordert die Zentralleitung auf, für Frankfurt und Umgebung recht bald einen Bezirksleiter anzustellen, der die Agitation und alle im Verufe und der Organisation entstehenden Angelegenheiten zu regeln hat.“

Die Begründung zu dieser Resolution soll durch die Zahlstelle Frankfurt a. M. dem Zentralvorstand übermittelt werden.
H. S.

Bericht der Gaukonferenz zu Köln

Abgehalten am 29. Juli.

Der Gauleiter Adolf Herrmann eröffnete morgens 11 Uhr die Konferenz. Als 1. Vorsitzender fungierte Keshöfer-Essen, als 2. Vizepräsident, als Schriftführer Lamber-Essen. Anwesend waren 24 Delegierte aus 18 Zahlstellen. Der Gauleiter gab den Bericht über seine bisherige Tätigkeit. In den 18 Zahlstellen sind insgesamt in der Steinindustrie beschäftigt 1508 Kollegen, davon sind erst 642 organisiert. Mit einer Anzahl Orte, wo Kollegen in Arbeit stehen, würde durch den Gauleiter brieflich und mündlich mit denselben verkehrt, um Zahlstellen zu gründen. Lohnbewegungen fanden bis jetzt in den Zahlstellen Trier, Gießen, Wehlar, Essen, Düsseldorf, Dortmund, Bonn, Krefeld und Duisburg statt.

Von den 18 Zahlstellen haben 5 Orte einen Tarif mit den Unternehmern abgeschlossen, und zwar Köln I, Elberfeld, Essen, Trier, Gießen. In 10 Zahlstellen sind die Arbeitgeber im Arbeitgeberbund.

Die einzelnen Zahlstellen sind prozentual folgendermaßen organisiert:

Zahlstellen	Be-schäftigt	Organis-iert	in Prozent	Christlich organisiert
Köln I.	100	82	85	—
Köln II.	150	55	36,6	—
Düsseldorf I.	70	45	64,4	—
Düsseldorf II.	216	180	80,02	—
Krefeld	40	23	57,2	—
München-Glabbech.	24	12	50	1
Rütten	58	20	34,5	—
Münster	116	24	20,6	2
Elberfeld-Barmen	94	29	30,8	—
Essen	175	75	42,9	20-25
Trier	180	85	47,2	1
Wehlar	109	42	38,2	—
Gießen	29	22	75,9	—
Marburg	35	24	68,6	—
Birges	80	26	32,5	—
Bonn	40	22	55,0	—
Duisburg	40	25	60,2	—
Dortmund	51	85	60,8	—
Summa:	1607	726		

Es wird gewünscht, ein Flugblatt in französischer Sprache herauszugeben, weil im Gau viele Belgier beschäftigt sind. Auch die Bestimmungen der Bundesratsverordnung sollen in dieser Sprache gedruckt werden.

Ueber den Gaubeitrag wurden sich die Delegierten dahin einig, daß von jeder verkauften Beitragmarke vom 1. April 06 ab 1 Pf. an den Gauleiter abgeführt werden soll. Öffentlich kommen die Zahlstellen dieser Pflicht nach.

Unser Gauleiter Herrmann, welcher unermüdet tätig ist, stellte nachstehende Anträge, welche Aufnahme fanden:

Um die Agitation zu fördern, sind Bezirksvertrauensleute aufzustellen, welche mit den Organisationsgeschäften, und insbesondere mit der Durchführung sehr vertraut sein müssen. Dem Gauleiter ist es zu überlassen, an geeigneten Orten Bezirksvertrauensleute aufzustellen und bei eventueller Nichterfüllung ihrer Pflicht, sofort einzuschreiten.

Auf sämtlichen Werkplätzen der einzelnen Zahlstellen sind Platz- oder Bruchvertreter zu wählen, welche stets durch gegenseitige Fühlung und Beratungen in Sitzungen das Wohl der Zahlstelle zu fördern haben.

Im Gaubetriebe sind sofort einheitliche Kontrollkarten einzuführen.

In den Zahlstellen sind Briefordner zu beschaffen, worin alle Briefe, die an die Zahlstellen einlaufen, aufbewahrt werden müssen.

Antrag Lamber-Essen: Die Vorstände der einzelnen Zahlstellen werden hiermit verpflichtet, sobald wie möglich das Hilfskassensystem einzuführen und die Hausagitation unter den Steinarbeitern energisch zu betreiben.

Im Punkt Verschiedenes sprachen sich die Delegierten dahin aus, dem Gauleiter in seinem Wirken und in der Agitation stets treu zur Seite zu stehen.

Zum Schluß ernahte der Vorsitzende nochmals die Delegierten, dafür zu sorgen, daß die Agitation unter den Steinarbeitern energisch betrieben wird, damit auf der nächsten Konferenz die Zahl sich mindestens verdoppelt hat.
Lamber, Schriftführer.

Rundschau.

Die Deutsche Arbeitgeberzeitung orakelt in jeder Nummer über die Lohnbewegungen, die von den Arbeiterorganisationen durchgeführt werden. Alle Forderungen der Arbeiter werden von diesem Reptilienblatt frivol genannt, die scharfmacherische Stellung der Unternehmer aber wird lobenswert herausgestrichen. Ueber die Kämpfe in der Steinindustrie schreibt das Blatt, siehe Nr. 32:

„Im Müschelkalkgebiet und Umgebung nimmt der Streik seinen Fortgang. Auch in Nürnberg hat die Bewegung nicht nachgelassen, und es ist hier zu lebhaften Szenen zwischen den Arbeitswilligen und Streikposten (?) gekommen. (In Nürnberg sind ja Tausende von Bauarbeitern ausgeperrt. Red. des Steinarbeiters.) Die Arbeitgeber bemühen sich überall, Arbeitswillige

heranzuziehen (die Einheimischen werden zuzor hinausbugliert. Red. des Steinarbeiters.); leider erlauben es die Institutionen unsres Rechtsstaates, daß jeder zureisende Arbeitswillige den größtmöglichen Beschimpfungen ausgesetzt wird. Wie lange wird man diesen Krieg im Frieden noch dulden? Wie verständnislos, oder richtiger, wie absichtlich verständnislos die Arbeiterchaft aller Logik des Wirtschaftslebens gegenübersteht, das beweist die Tatsache, daß gerade von den Steinarbeitern neue Lohnforderungen immer in dem Augenblick gestellt werden, wo es dem Unternehmer beim besten Willen nicht möglich ist, solchen Anforderungen nachzukommen.

So haben die Steinarbeiter der Firma Benker in Hagen ganz plötzlich (Sehr richtig! Red. des Steinarb.) einen Lohnantrag vorgelegt, der ziemlich Mehrforderungen aufweist. Daß die Firma außerstande war, die gestellten Lohnforderungen zu bewilligen, machte natürlich auf die von vornherein zum Streifen entschlossene Arbeiterchaft nicht den mindesten Eindruck.“

Dieses alberne Geschwätz der Arbeitgeberzeitung zu widerlegen, hiesse dem Blatte zu viel Ehre antun. Welche Zustände bei der Firma Benker allgemein bestehen, werden wir demnächst dardum.

Auch in der Nr. 31 kommt die Scharfmacherzeitung auf unsre Bewegungen zu sprechen.

In Metten ist die Firma Paul Adler u. Comp. gesperrt. Die Arbeitgeberzeitung macht daraus einen Streik. Diese Firma mahregelte eine Kollegen, deshalb die Sperrung. Herrn Adlers Vorgehen wird von der Arbeitgeberzeitung natürlich gebilligt. Daß dieser gebildete Herr unsern Kollegen in geradezu unflätiger Weise beschimpfte, weiß das Unternehmerblatt nicht. Sollen wir vielleicht Adlers Rede wiedergeben? Dann heißt es weiter: „Der Steinarbeiter veröffentlicht noch recht kriegslustige Artikel, die Lohnbewegungen scheinen somit nicht abzuflauen, und die Unternehmer, die in Nürnberg zusammen waren, konnten sehr seltsame Erfahrungen austauschen.“

So freut es uns, immer frisch voran, den Unternehmern keine Ruhe gegönnt. Aber bei allen Maßnahmen, die wir unternehmen, taktisch so vorgehen, daß die Erfolge auf unsrer Seite sind. Wir kennen z. B. einen hervorragend tätigen Unternehmer im Meisterverband, der macht Exempel um Exempel auf, um nachzuweisen, unsre Hauptkassse könne den finanziellen Verpflichtungen bei den jetzigen Streiks nicht mehr nachkommen. Das ist die reine Eitelkeit. Ja, ihr Herren Meister, die Leitung des Steinarbeiterverbandes ist schon seit Jahren bemüht, die Finanzen so zu gestalten, daß sie allen Ansprüchen gerecht werden kann. Wir können den Unternehmern verraten und dem Herrn Hans Braun von der Münchener Gewerkschaftsstimme mit, daß unser Verband finanziell noch niemals so glänzend dastand wie jetzt, und das trotz der vielen Kämpfe. Ja, die Steinarbeiter haben es in den letzten Jahren verstanden, ihren Verband äußerst leistungsfähig zu gestalten.

Nach der Unternehmerrpfeife zu tanzen, ist nicht unsre Art.

Das Protokoll über die Sitzung der Zentralvorstände wurde im Vorwärts, Leipziger Volkszeitung und der Sächsischen Arbeiterzeitung veröffentlicht.

Ueber die korporativen Arbeitsverträge äußert sich die württembergische Gewerbeinspektion in ihrem neuesten Jahresbericht: „Die Tarifverträge bringen in der Tat für die Arbeiter und für die Unternehmer große Vorteile. Den Arbeitern ist ein bestimmter sicherer Lohn garantiert dessen Höhe sie mitbestimmen haben; die Unternehmer können für die Zeit der Gültigkeit des Tarifvertrags bei ihren Kalkulationen mit bestimmten Löhnen rechnen. Durch den Abschluß eines korporativen Arbeitsvertrags gewinnt der Verkehr zwischen Unternehmern und Arbeitern an Ruhe und Sachlichkeit, so daß auch nach Ablauf des Tarifvertrags der Abschluß eines neuen wesentlich erleichtert wird. Wenn die tarifarischen Abmachungen von beiden Seiten loyal eingehalten und regelmäßig erneuert werden, so bildet sich ein Gemeinschaftsgefühl zwischen beiden Teilen aus, was insbesondere auch für den guten Fortgang des Geschäfts von großem Wert ist. Der Tarifvertrag scheint die geeignete Rechtsform und der richtige Weg dazu zu sein, um den Arbeitern den ihnen gebührenden Einfluß auf die Gestaltung der Arbeits- und Lohnverhältnisse zu gewähren. Ein weiterer äußerer Ausbau der Tarifgemeinschaft besteht darin, daß der Tarifvertrag auf möglichst viele Unternehmungen desselben Industriezweigs innerhalb ganz Deutschlands erstreckt wird, wobei eine Berücksichtigung der lokalen Verhältnisse wohl möglich ist. Nach innen kann der Tarifvertrag durch Einsetzung von gegenseitigen und gemeinschaftlichen Organen, insbesondere von Schlichtungsinstanzen, vervollkommen werden. Ein leuchtendes Vorbild im Ausbau des Tarifvertrags ist ja der Buchdruckerarif.“ Wir sind immer für Tarife zu haben geneigt, wenn sie ohne jegliche Klausel, also auch ohne Mindestleistung, abgeschlossen werden. Daß aber nach dieser Richtung hin in den Kreisen unsrer Arbeitgeber noch recht viel zu wünschen übrig bleibt, haben unsre Kollegen auch bei den diesjährigen Lohnkämpfen wieder kennen gelernt. So sehen wir, daß im Müschelkalkgebiet die Herren Steinbruchindustriellen alles aufbieten, um die Abschließung eines Tarifvertrags zu verhindern.

Streikbrecher, Nichtraucher, alles egal. Eine neue Bezeichnung für die Herren Streikbrecher ist in Halle a. S. erfunden worden. Die Erfahrung hat gelehrt, daß der Ausdruck „Arbeitswilliger“ für den größten Teil gedachter Spezies von Staatsbürgern ganz unzutreffend ist, da sie zumeist das ganze Jahr von Arbeit nichts wissen wollen, und nur während eines Streiks arbeiten, wo sie von den Arbeitgebern außerordentlich gehätschelt werden, wo man die ärgste Müddelheit als „Arbeit“ gelten läßt, und nicht wagt, sie zu wirklichem Arbeiten anzuhalten. Streikende Stukkateure in Halle haben nun bei einer Verhandlung mit Arbeitgebern sogenannte Arbeitswillige als „Nichtraucher“ bezeichnet. Dieser Ausdruck dürfte sich aber auch kaum einbürgern, zumal unter den Arbeitern bekannt ist, daß jene nützlichen Leute neben dem Alkohol vielfach auch dem Nikotin ziemlich gewogen sind, und dem Genuß von aufgesehnen Zigarrenstummeln frönen. Zudem haben die Erfinder des neuen Ausdrucks vor dem Schöffengericht gar nicht ordentlich angeben können, welche Vorstellung sie

in diesem Falle mit dem Ausdruck „Nichtraucher“ verbinden, und sind deshalb wegen Beleidigung der, sagen wir, noch Arbeitswilligen, zu Geldstrafen von zehn bis dreißig Mark verurteilt worden. Uebrigens hätten die gedachten Arbeitswilligen in der betreffenden Gerichtsverhandlung Gelegenheit gehabt, selbst einen passenden Titel für sich zu wählen, doch haben sie dies in bescheidener Zurückhaltung unterlassen. Nur das eine hat einer von ihnen deutlich zum Ausdruck gebracht, daß er nicht „Streikbrecher“ genannt werden wolle, denn dieser Ausdruck bedeute unter Arbeitern so viel wie Verbrecher. Der Vorsitzende fragte ausdrücklich: „So, na wie wollen Sie denn aber unter solchen Umständen bezeichnet sein, kann das Wort Streikbrecher nicht auch harmlos angewandt werden?“ Darauf der Arbeitswillige mit großer Bestimmtheit: „Als Streikbrecher will ich nicht bezeichnet sein.“ Vorsitzender: „Na, wie denn?“ Arbeitswilliger: „Nieber gar nicht.“ Der Staatsanwalt erachtete den Ausdruck „Nichtraucher“ für ehrenrührig und das Gericht war, wie bereits angedeutet, der selben Meinung. So wird den Arbeitern also nichts andres übrig bleiben, als den Ausdruck „Arbeitswilliger“ beizubehalten, so unangenehm er auch ist, bis ein besserer gefunden ist. Bedauerlich bleibt aber, daß es Fälle gibt, wo unsre schöne deutsche Sprache schon verliert, wenn es gilt, einen ganz naheliegenden Begriff korrekt in Worte zu kleiden. Die deutsche Justiz wird nicht müßig, die Herren Streikbrecher zu schügen.

Christliche Arbeiterpartei und Zentrum. Auf dem Breslauer Kongreß forderte der Abgeordnete Giesberts auch die Organisierung der Landarbeiter. Auf dieses Verlangen antwortet die zentrumsagrarisches Rheinische Volksstimme:

„Wir rufen ihm wieder und wieder zu, Hände weg. Die Regelung der ländlichen Arbeiterfrage ist und bleibt das Privileg der landwirtschaftlichen Korporationen. Diese werden, wo es not tut, schon die bestende Hand anlegen. Herr Giesberts hat wahrlich andres zu tun, als sich aufs Land zu begeben. Die Industriearbeiter in den Großstädten den Klauen der Sozialdemokratie zu entreißen, — ist eine Aufgabe, des Schweiges der Edlen wert. Möge er dieses Problem lösen, wir werden ihm dankbar sein. Gegen die von ihm angeführte Koalierung der Landarbeiter aber werden wir mit allen uns zu Gebote stehende Mitteln kämpfen. Wir haben so oft auch in bezug auf das Koalitionsrecht die Wichtigkeit des Satzes bewiesen: „Man soll nicht alles über einen Leisten schlagen“, daß es sich heute erübrigt, die Gründe, die uns zu dieser Stellungnahme berechtigen, aufzuführen. Wir hoffen, daß die der Landwirtschaft wohlgesinnten Zentrumsabgeordneten bei nächster Gelegenheit ihrem Fraktionskollegen einmal ein Privatstimmum lesen und ihn auf die Verantwortlichkeit seiner Forderung und darauf aufmerksam machen, daß neben der Landwirtschaft auch noch andre Berufsstände im deutschen Vaterlande existieren, die mit gleichem Rechte wie seine Berufskollegen ein Plätzchen an der Sonne beanspruchen können.“

Da Herr Giesberts als Renommier-Arbeiter in der Zentrumsfraktion allein steht, die Agrarier aber dort das Uebergewicht haben, so wird es, soweit es aufs Zentrum ankommt, mit der Organisation der Landarbeiter wohl noch seine guten Wege haben. Im übrigen ist Herr Giesberts auch nicht so schlimm, wie es sich nach seinen Kongreßreden anhört. Als vor der Essener Reichstagswahl die Herren Agrarier den Kandidaten Giesberts über seine Stellung zur Landarbeiter-Organisation interpellierten, versicherte er ihnen, daß er gar keine Lust verspüre, sich der Landarbeiter sobald anzunehmen. Und wenn es selbst einmal dazu kommen sollte, werden bestenfalls (gemäß den Beschlüssen des christlichen Gewerkschaftskongresses in München) freugrabende konfessionelle Landarbeitervereine das Licht der Welt erblicken. Die Agrarier mögen sich also beruhigen: die Christlichen krümmen ihnen um des Zentrums willen kein Haar! Nach wie vor werden mit gewohnter Lügenhaftigkeit die Christlichen die „Freien“ bekämpfen.

Christliche Verleumder. Der Gauleiter des Maurerverbands Ernst Wuth zu Köln hatte gegen die christlichen Gewerkschaftsbeamten Jansen und Göbhardt als verantwortlich zeichnende Redakteure des Deutschen Holzarbeiters und der Baugewerkschaft Privatklage erhoben. In beiden Blättern war Wuth unerlaubter Umgang mit der Frau eines andern, Keiheit und dergleichen vorgeworfen worden. Was daran war, zeigt der folgende, vor dem Kölner Schöffengericht von den Parteien geschlossene Vergleich:

Die Angeklagten erklärten: „Nach dem Ergebnisse der heutigen Beweisaufnahme können wir die in den Artikeln der Zeitungen: Der Deutsche Holzarbeiter (Nr. 50 vom 15. Dezember 1905) und Die Baugewerkschaft (Nr. 52 vom 24. Dezember 1905) auf Grund der Erklärungen des Mathias Coumont aufgestellten Behauptungen über die unerlaubten Beziehungen des Ernst Wuth zu Frau Coumont nicht mehr aufrecht erhalten und nehmen diese Behauptungen (über die unerlaubten Beziehungen) deshalb zurück.“ Die Angeklagten erklären weiter: „Wir räumen dem Privatkläger das Recht ein, vorstehende Erklärung mit unsern Unterschriften binnen drei Wochen nach Zustellung je einmal auf unsre Kosten in der in Köln erscheinenden Rheinischen Zeitung und in den beiden genannten Blättern zu veröffentlichen; wir verpflichten uns, die Kosten des Verfahrens zu tragen.“ Der Privatkläger nimmt die Privatklage zurück.

Es schadet nichts, wenn solchen Kästernäulern ihre Wahrheitsliebe einmal gerichtlich attestiert wird.

St. Margrethen (Schweiz). Mit dem 1. August ist hier nun eine Produktivgenossenschaft ins Leben getreten. Unter sehr günstigen Bedingungen gelang es, das Steinhauergeschäft von Herrn Bargähr mit zwei Wohnhäusern und Wirtschaft samt Mobiliar, sowie den Steinbruch von Herrn Mennel, ebenfalls mit zwei Wohnhäusern, Werkzeug, Wagen und Pferde usw. zu kaufen. Zu beiden Liegenchaften gehört noch ziemlich viel Land, so daß nach Bedarf die Arbeitsplätze jederzeit vergrößert werden können. Käufer beider Objekte sind die Mitglieder der Steinarbeitervereine in St. Margrethen. Ferner wurde noch ein weiterer Steinbruch angekauft. Die Verkäufer sind ebenfalls Mitglieder der neugegründeten Steinarbeitergenossenschaft Union. — An Arbeit ist kein Mangel, es ist bereits genügend da für 70—80 Mann bis nächstes Frühjahr. — Wir wollen hoffen, daß das Unternehmen gut floriert.